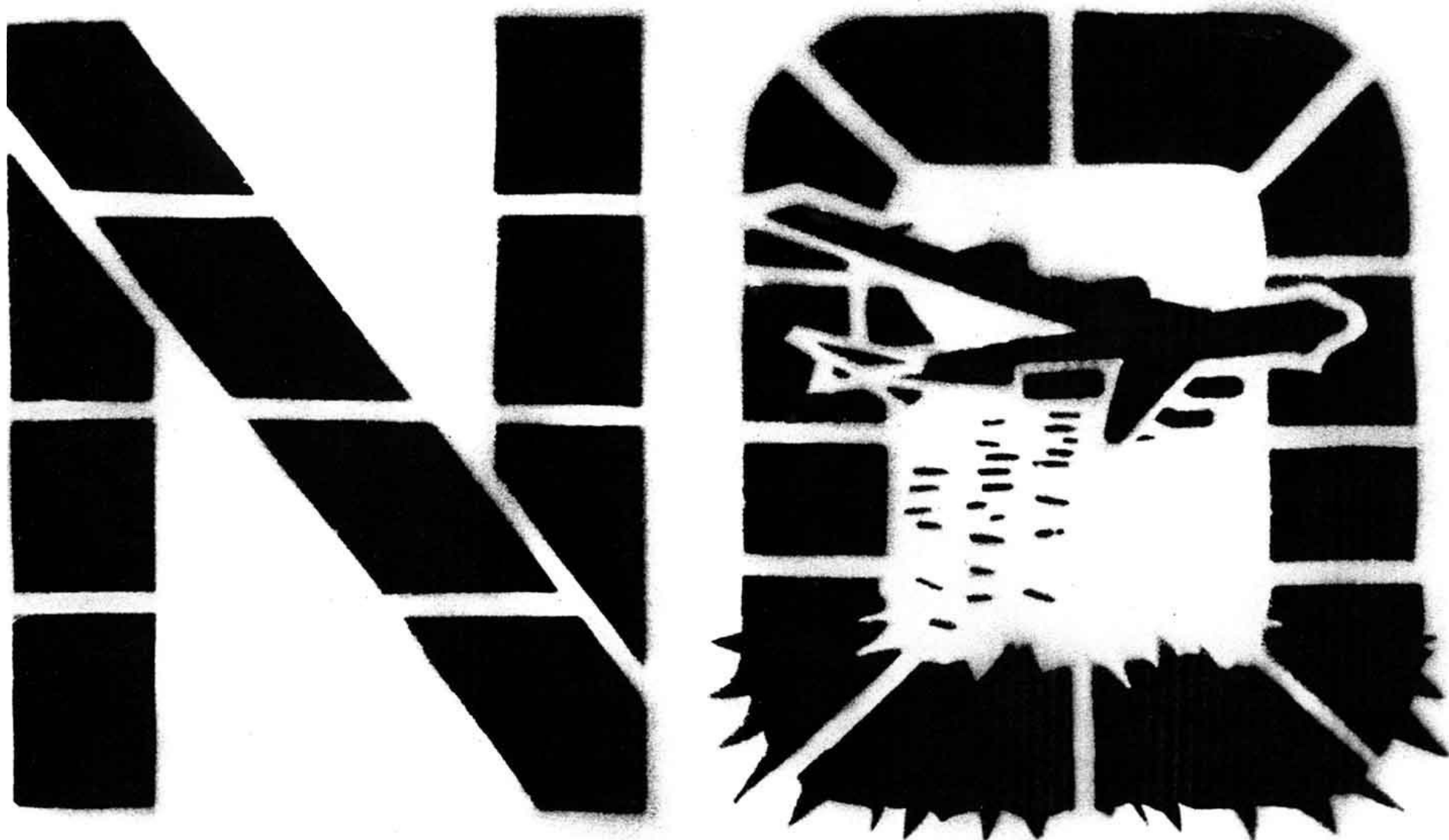


GEORGES ABDALLAH Frei nach 41 Jahren Knast	5
REISEBERICHT Eindrücke aus Bakur, Nordkurdistan	9
AUF DIE BARRIKADEN! Die Geschichte des Strassenkampfes	10
SAHEL Der steinerne Weg zur Unabhängigkeit	14



INTERVIEW

«Die Bevölkerung im Iran hat keinen Bock auf diesen Krieg»

Wir haben den iranischen Genossen Foad aus Berlin getroffen und um eine Einschätzung der Lage im Iran nach den amerikanischen und israelischen Angriffen gebeten.

Beginnen wir mit der Ausgangslage.

(az)Ich will nicht die lange Geschichte des Nahen Ostens der letzten 30 Jahren erläutern, aber wir müssen kurz auf den 7. Oktober eingehen. Ich glaube, nach dem 7. Oktober beginnt eine qualitativ neue Phase in der Umgestaltung und Neuaufteilung. Teil davon ist die ethnische Säuberung, die sich gerade in Palästina vollzieht. Der Sturz des Diktators Assad in Syrien und natürlich die Abraham-Abkommen, die eine Normalisierung arabischer Staaten mit Israel bedeuten und wieder sehr aktiv verhandelt werden, gehören auch dazu sowie die Entstehung und Sicherung verschiedener Handelskorridore zwischen Ost und West.

In den letzten Jahren hat sich das chinesische Modell des Imperialismus vermehrt als rivalisierende Alternative zum US-geführten Imperialismus präsentiert. Der Nahe Osten ist also aktuell ein Schlachtfeld, in dem ein

absterbender US-geführter Imperialismus versucht seine Hegemonie – die er nicht mehr mit politischen und ökonomischen Mitteln durchsetzen kann – mit militärischen Mitteln zu erzwingen. Die Dominanz über die Region und die Einhegung des ökonomischen Hauptfeinds China sind also die Hauptziele. Natürlich gibt es zusätzliche subimperiale Ambitionen der regionalen Akteure: des Irans, der Türkei, Saudi-Arabiens, Israels etc. Auch sie versuchen ihre Interessen durchzusetzen. Aber ich glaube, das Zentrale ist schon das grössere geopolitische Game.

In dem Kontext steht der Iran halt im Weg – ganz simpel und einfach gesagt. Sowohl die Zerschlagung der Hisbollah als auch der Fall von Assad, also das Zurückdrängen der so genannten Achse des Widerstands in den letzten eineinhalb Jahren, waren Vorboten davon, dass sich die Schlinge um den Iran enger zieht. Und das zeigt, dass es um viel mehr geht als um Nuklearprogramme und Atombomben. Letztere sind eine Show, die man für das Publikum im Westen abzieht. Es ist eigentlich nur eine Neuauflage von 2003 und den angeblichen Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein.

Was haben sich die USA von einem solchen Militärschlag erhofft?

Sicher ging es ihnen darum, die Islamische Republik politisch und militärisch zu schwächen, was ihnen bis bis zu einem gewissen Grad gelungen ist. Zu weiteren Szenarien herrscht grosse Uneinigkeit im westlichen Block. Der «Regime Change», den sich monarchistische und andere rückständige Kräfte erhofft hatten, ist nicht machbar, ohne komplett die Kontrolle zu verlieren. Die Balkanisierung, die Israel gerne in Kauf nehmen würden oder sogar forciert, birgt das gleiche Risiko der Unkontrollierbarkeit. Und darum waren die USA auch sehr unsicher, ob sie auf diese Karte setzen sollen oder ob es nicht doch sinnvoller ist, mit den Machthabern im Iran einen Deal zu finden. Vielleicht kann dieser Krieg als eine Art «Verprügelaktion» eingeordnet werden, um zu testen, ob man die Islamische Republik in den Griff bekommt und die eigenen Interessen so durchsetzen kann.

Dagegen gibt es halt am Ende nur eine Möglichkeit, nur einen einen Ausweg: Eine selbstbestimmte Bewegung der Klasse und der Völker im Iran gegen imperialistische Aggression, gegen die Islamische Republik und für einen Frieden und ein gemeinsames Zusammenleben im Nahen Osten.

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt

- 3 Imperialismus: Hochmut und Fall
- 4 Militär: Industriepolitischer Umbau zur Aufrüstung und Militarisierung der EU
- 5 Widerstand: Nach 41 Jahren Knast – Georges Abdallah ist draussen!
- 5 Post: Wer solche Freunde hat
- 6 Trotzphase: Dem Geier an die Eier
- 8 Natur: Die erste anthropogene Klimakrise, ein Genozid im 16. Jahrhundert
- 9 Nordkurdistan: Ein Reisebericht aus Bakur
- 10 Geschichte: Auf die Barrikaden!
- 11 Italien: Sicherheitsgesetz in Italien
- 12 Portugal: Wohnungsbesetzungen in Portugal während der Nelkenrevolution
- 13 Frauenkampf: Über Körper und Kontrolle
- 14 Internationalismus: Selbstbewusst und panafrikanisch
- 15 Kulturtipps
- 16 Sport: Massensport statt Kampfrekord

POLITISCHE GEFANGENE

Free Zaid! Free all Antifas! Keine Auslieferung nach Ungarn!

Seit dem 04. Februar sitzt der 21-jährige Nürnberger Zaid in Auslieferungshaft in der JVA Köln. Zwei Jahre lang war der junge Antifaschist untergetaucht und stellte sich am 20.01.2025 ebenso wie sechs weitere, im sogenannten Budapest-Komplex Beschuldigte, den Behörden. Zwei Jahre lang hat er sich dem Szenario entzogen, dass er und so viele andere befürchtet haben: eine Auslieferung in das rechtsautoritäre Ungarn. Für Zaid eine doppelt gefährliche Situation: gegen ihn besteht lediglich ein Haftbefehl aus Ungarn und nicht aus Deutschland. Zudem hat er als einzig hier lebender Beschuldigter keine deutsche Staatsbürgerschaft.

Im Verfahren gegen die Nürnberger Antifaschistin Hanna, die im selben Tatkomplex angeklagt ist, haben die Repressionsbehörden keinen Hehl daraus gemacht, dass es sich um ein politisches Verfahren handelt. Es geht um weit mehr als um das Verprügeln von ein paar Nazis in Ungarn. Sie sehen durch die vermeintlichen Taten in Ungarn das Ansehens Deutschlands in Gefahr! Das Problem für die deutsche Justiz im Jahr 2025 sind nicht Faschist:innen, die nach Ungarn reisen, um den faschistischen Schlächtern zu huldigen. Nein, das Ansehen Deutschlands wird in ihren Augen durch die Menschen geschädigt, die sich diesem Wahnsinn entgegen stellen. Was sagt das über den Stand des Rechtsrucks in Deutschland aus, wenn Menschen, die sich NS-Fans entgegenstellen als Nestbeschmutzer hingestellt werden?

Doch auch für die vielen, die sich an die Seite Zaid's oder anderer betroffener Antifas stellen, geht es um weit mehr als um die individuell Betroffenen. Es geht darum, wohin diese Gesellschaft sich bewegt, wo man die wahre Gegnerschaft einer besseren Zukunft verortet und nicht zuletzt darum, wem man im Kampf gegen rechts sein Vertrauen schenkt. Spätestens nach der Auslieferung von Maja sollte klar sein: Auf den Staat und seine Justiz können wir uns nicht verlassen.

Ungekürzter Aufruf und aktuelle Infos findet ihr unter www.basc.news



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Shutdown 4 Gaza in Zürich, 12. Juni 25

Editorial

Als der amerikanische Präsident Donald Trump im Frühling dieses Jahres sein Zollpaket vorstellte, tat er dies in biblischer Manier. Dem die Gebote verkündenden Moses gleich hielt Trump vor laufender Kamera dem Publikum seine auf Tafeln geschriebenen Zölle entgegen. Damit versicherte uns Trump, dass das mythische Wesen «Wirtschaft» ihm gnädig sei und dass auf den Tafeln jene Dinge stünden, die, ob deren Einhaltung, ihn und sein Volk mit der Wirtschaft versöhnen werden.

Trump's Bildsprache hat ihren Grund mitunter darin, was Lukacs ironisch die «zweite Natur» nennt. Der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen ihre Produktionsverhältnisse, gleich wie es die Natur einst war, als etwas, von dem sie abhängig ist, dem sie ausgeliefert ist und von dem sie überwältigt ist. So wirken die wirtschaftspolitischen Entscheide der Bourgeoisie als von erratischem Aberglaube getriebener Götzendienst an einer über dem Menschen stehenden Entität – der Wirtschaft.

Ganz real sind aber die Konsequenzen, welche der ökonomische Hokusfokus der Mächtigen für die proletarischen Massen hat. Die bürgerliche Presse spricht vom möglichen Verlust von bis zu 30'000 Arbeitsplätzen alleine in der Schweizer Maschinenindustrie aufgrund von Trumps Zöllen.

Die Legitimation des vermeintlich natürlich Seins sprechen wir als Kommunist_innen den bestehenden Produktionsverhältnissen ab, wir erkennen: sie sind nicht natürlich, sie sind gemacht. Und sie sind nicht das Ende der Geschichte - was gemacht ist, kann wieder weggemacht werden.

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf die Zerstörung des Planeten und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

IMPERIALISMUS

Hochmut und Fall

Nach Mehrkosten in Milliardenhöhe für Kampfjets nun hohe Handelszölle im wichtigsten Exportmarkt: Im bilateralen Verhältnis bestimmt Washington DC, nicht Bern. Die Quittung kriegen Arbeiter_innen in den betroffenen Industrien, das Kapital plant derweil die Verlegung zusätzlicher Produktion in die USA.

(gpw) In den letzten Wochen ist die Stellung der Schweiz im imperialistischen Weltgefüge gegenüber den Vereinigten Staaten unverblümt klargestellt worden. Erst die F-35-Kampfjets, deren Preis sich infolge der Teuerung um bis zu 1.3 Milliarden Franken erhöhen sollen, dann die Handelszölle, die für viele Güter aus der Schweiz auf fast 40% hochschiesSEN. Auf frühe Phasen helvetischen Hochmuts, in denen man sich der eigenen Englisch-Kenntnisse brüstet und auf Einschätzungen funkelnder Anwaltskanzleien verlässt, folgt zum Schluss der Fall vom hohen Ross. Ein Auge lacht über das Auflaufen der Schweizer Bourgeoisie, ein Auge weint angesichts der möglichen Folgen für die Arbeiter_innenklasse in der Schweiz, welche die Zölle nach sich ziehen könnten.

Über Nacht ist der «Sonderfall» Schweiz nicht mehr existent. Essays und Kommentare verarbeiten in den bürgerlichen Blättern die rüde Korrektur des Eigenbilds. Der Exzeptionalismus, den man für sich reklamierte, wird als jene ideologische Mythenbildung enthüllt, die er schon immer war. Die Schweiz, aufgrund protestantischer Tugenden eines der reichsten Länder dieser Welt, infolge humanitärer Traditionen mit sich selber und allen anderen im Reinen? Von wegen. Gewiss ist es aussergewöhnlich, wie die Schweiz als Land mit beschränkten natürlichen Ressourcen, ohne Meeresanstoss, eigenen Kolonien oder grosser Militärmacht zur internationalen Wirtschaftsmacht wurde. Aber dieser Werdegang hat weltliche Ursprünge, keine metaphysischen.

Lachende Dritte

Richard Behrendt, ein bürgerlicher Ökonom, beschrieb 1923 in einer Arbeit über die Schweiz und den Imperialismus die Position der Schweiz kurzerhand als jene des «lachenden Dritten» - wo zwei sich streiten, da freut sich der Dritte. Die der Eidgenossenschaft auferlegte Neutralität, von den europäischen Grossmächten beim Wiener Kongress 1815 verordnet, damit die Schweiz künftig weder Frankreich noch Österreich zugeschlagen werde, erwies sich für das Kapital im Ersten Weltkrieg als Glücksfall. Während viele Länder Europas nach Ende des imperialistischen Kriegs mit dessen gewaltigen Folgen konfrontiert waren (getötete Arbeiter_innenmassen, zerstörte Industrien), stand das Schweizer Kapital bereit, um während und nach dem Krieg zu profitieren. Beispielhaft zeigt sich das an der Chemieindustrie in Basel, die grossgeworden war mit den Farben für die Textilindustrie, welche in der Industrialisierung der Schweiz im 19. Jahrhundert so bedeutsam war. Während des Kriegs vertrieb



Damals festlicher: Friedrich Merz (mit Ehefrau Charlotte), ehemals Vorsitzender der «Atlantik-Brücke», heute Bundeskanzler.

sie Farbstoffe, um die Uniforme der kämpfenden Heere einheitlich zu färben. Nach dem Krieg sah sie sich um die Konkurrenz der deutschen Chemieindustrie beraubt, was ihr den Aufschwung im 20. Jahrhundert sehr erleichterte.

Knapp 60 Jahre nach Behrendt stiess Jean Ziegler in ein ähnliches Horn, als er von der Schweiz als Sekundärimperialismus schrieb. Die Schweiz sei keine imperialistische Macht erster Klasse (wie die USA), bei welchen die ökonomische Interessen in der (Neu-) Aufteilung der Welt militärisch durchgesetzt werden, sehr wohl aber ein Land mit imperialistischen Kapitalfraktionen (wie der Finanzwirtschaft und multinationalen Konzernen), welche international ausgerichtet sind und entsprechend weltweit manövrieren. Im Blick hatte er insbesondere die hiesigen Banken, denen die Neutralität im Zweiten Weltkrieg beim Geschäften mit den Nazis sowie später mit dem südafrikanischen Apartheidstaat nützlich war. Ob nun beim bürgerlichen Behrendt oder dem linken Ziegler: Der «Sonderfall» Schweiz wurzelt viel stärker in solchen, dem Kapital günstigen historischen Konstellationen, die sich vielfach als Folge der Interessenskonflikte grösserer Staaten ergaben, als es hier oftmals vermittelt wird.

Finanzielles Schwergewicht

Heute gehört die Schweiz zu den Top Ten der Länder mit den pro Kopf weltweit höchsten Direktinvestitionen einheimischer Unternehmen im Ausland. 2023 betrugen die Investitionen aus der Schweiz im Ausland mindestens 1'287 Milliarden Franken (dabei sind Beteiligungen unter 10 Prozent an ausländischen Unternehmen nicht miteinberechnet). Davon entfallen jeweils ein wenig mehr als ein Drittel auf Investitionen von Finanzgesellschaften und aus der Industrie, rund 10 Prozent der 1.2 Billionen Franken

steuern Banken und Versicherungen bei. Etwa ein Viertel des Betrags sind in Nordamerika investiert. Das dürfte einen Teil der Nonchalance erklären, mit denen das international aufgestellte Schweizer Kapital (wie die ABB, Roche oder Novartis) auf die Zölle reagiert: Dann verlagern sie eben weitere Teile der Produktion dorthin. Schon heute arbeiten für Firmen mit Sitz in der Schweiz mehr als 2.5 Millionen Menschen im Ausland, 340'000 davon in den USA.

Diese Verlagerungsmöglichkeit steht nicht allen offen. Weder den Arbeiter_innen der Grosskonzerne, deren Arbeitsplätze ins Ausland verlegt werden sollen, noch den kleineren und mittleren Unternehmen aus dem gesamten Komplex der exportorientierten Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Um die 320'000 Menschen arbeiten in diesen Industrien, das entspricht etwa 8 Prozent aller Beschäftigten in der Schweiz. Gemeinsam rufen Gewerkschaftsbund und Swissmem nach einer Kollektivierung der zu erwartenden Folgen, indem die Kurzarbeit ausgeweitet werden soll, für die die Arbeitslosenversicherung aufkommt, damit Entlassungen aufgeschoben werden können. Gewerkschaftsspitzen und Industriebosse reichen sich die Hand, die Sozialpartnerschaft hält - noch. Diese unsägliche historische Tradition braucht wohl noch einige Hiebe, um genügend ins Wanken zu kommen, damit imperialistische Verhältnisse und die damit verbundene Ausbeutung der Klasse fundamentaler in Frage gestellt werden.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Scherben bei Tesla in Schlieren

Wir haben am 29. Juni 25 bei Tesla in Schlieren Zürich mehrere Scheiben eingehauen. Tesla steht exemplarisch für ein System, das auf Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen und Natur aufgebaut ist. Ein System, in dem Profit an erster Stelle steht und Krisen und Kriege in wiederkehrenden Zyklen dazugehören. Ein System, das auf der Abwertung von Frauen und LGBTIQ+ Personen und ihrer Arbeit aufbaut. Elon Musk ist ein ganz besonders hässliches Beispiel dieses Systems. Spätestens seit seinem Hitler Gruß zeigt dieses Beispiel uns unverblümt, wo wir heute stehen und was auf dem Spiel steht.

Seine ach so grünen Elektro-Autos beuten Mensch und Erde aus, seine Plattform x ist, wie er selber, eine Schleuder von sexistischen, transphoben und rassistischen Inhalten und sein Starlink-Satellitensystem nicht einfach ein grössenwahnsinniges, narzistisches Projekt sondern eine Kriegsmaschine: Es besteht kein Zweifel daran, dass Israel den Zugriff auf das Satelittensystem in Gaza nutzt um den Genozid an dem palästinensischen Volk weiter zu treiben.

Auch seine kurzzeitige Bromance im weissen Haus mit dem anderen patriarchalen Faschisten zeigt, wie dieses System Kapitalismus funktioniert: Kapital

und Politik sind eng verstrickt. Die Abhängigkeit des (US-) Staates von privaten Geldgebern wächst stetig an, alles was zählt sind die Interessen des Kapitals. Dass nun die beiden Egos, mit Grösse einer Titanic, sich in aller Öffentlichkeit zoffen, kam nicht überraschend, ist aber deshalb nicht weniger gefährlich. Durch die tiefe Verstrickung von Kapital und Politik, hängen Leben und Wirtschaft von Millionen von Menschen von diesen zwei Spinnern ab. Die Überholtheit und die Gewaltförmigkeit des Kapitalismus kann kaum noch klarer zu Tage treten als in der aktuellen Phase. Faschistoide, patriarchale und imperiale Lebensweisen sind wieder offen salonfähig geworden, das zeigt sich nicht nur an Musk und Konsorten sondern zieht sich durch alle Sphären unseres Lebens.

Die Unterdrückten dieser Welt spüren diese Gewalt schon längst auf täglicher Basis. Und so ist es kein Zufall, dass sich gerade die feministische Bewegung wie ein Lauffeur um die Welt spannt. Als Frauen und queere Personen haben wir auf dieser Welt nichts zu verlieren als unsere Fesseln. Darum sagen wir Jin Jiyan Azad! Und kämpfen international, Schulter an Schulter mit den unterdrückten Menschen dieser Erde. Verbinden wir die Kämpfe und reihen uns ein in die internationalen Proteste und Angriffe gegen Tesla. Wir sind nicht alleine; letztes Jahr zündete die Vulkangruppe in Deutschland einen Strommasten

an und veröffentlichte dazu eine äusserst lesenswerte Erklärung. Die Tesla Produktion in Grünheide stand nach der Sabotage-Aktion für einige Tage still! In den USA brannten auch vor den selbstfahrenden Waymo Autos der aktuellen Aufstände immer wieder Teslas und die Tesla Takedown Bewegung führte zu anhaltenden Protesten vor ihren Filialen. All diese Aktionen in ihren verschiedensten Formen und Qualitäten begrüssen wir und sehen wir auf ihren verschiedenen Ebenen als notwendig. Und wir stehen solidarisch mit den Latinix die dieser Tage auf die Strasse gehen und sich gegen die massenhaften Deportationen wehren. No one is illegal on stolen land!

Führen wir die Kämpfe zusammen, organisieren wir uns, schliessen wir uns zusammen und lassen dem Kapital kein ruhiges Hinterland; der Hauptfeind steht im eigenen Land! Und gerade in der Schweiz wimmelt es von Konzernen die direkt in die Kriege und Genozide dieser Welt involviert sind oder direkt davon profitieren. Blut, Blut, Blut an euren Händen. Free Palestine!

Gegen Aufrüstung und Faschismus

Für einen revolutionären Internationalismus
In Solidarität mit Maja T.

<https://barrikade.info/article/7050>

MILITÄR

Industriepolitischer Umbau zur Aufrüstung und Militarisierung der EU

Nach Jahrzehnten der Hegemonie der neoliberalen Ideologie, schwarzer Null und Spardiktat kam im letzten Jahr einiges in Bewegung. Ökonom_innen und Journalist_innen sprechen von einem Militärkeynesianismus. Feiert eine bereits totgeglaubte wirtschaftswissenschaftliche Schule gerade ein Comeback?

(agw) Keynesianismus bezeichnet die Idee, dass der Staat durch gezielte Interventionen die Nachfrage ankurbelt und so für eine günstige Wirtschaftslage und möglichst hohe Beschäftigung sorgt. In Zeiten neoliberaler Versprechen über die Macht des Marktes galt ein solch industriepolitisch aktiver Staat als verschmäht. Nach den zahlreichen Sondervermögen für die Militärausgaben und der Lockerung der Schuldenbremse in Deutschland, wird in manchen Kreisen nun von einem Militärkeynesianismus gesprochen. Damit gemeint ist eine massive Aufrüstung, die zugleich sicherheitspolitisch wie ökonomisch motiviert ist, um die Volkswirtschaften mit geringen Wachstumsraten wieder zum Wachsen zu bringen.

Politische Notwendigkeit statt Konjunkturprogramm

Mit Keynesianismus hat das, was jetzt unter dem Begriff des Militärkeynesianismus verhandelt wird, nur begrenzt zu tun. Ginge es tatsächlich darum, ein grosses Investitionsprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft umzusetzen, gäbe es bessere Ansätze. Ein kurzer Blick auf Kennzahlen bestätigt dies. Gemäss dem Kiel Institute for the World Economy wird ein Anheben der europäischen Rüstungsausgaben von 2% auf 3.5% zwar zu einem Wirtschaftswachstum zwischen 0.9% und 1.5% führen. Allerdings ginge mit ähnlichen Investitionen in anderen Bereichen ein erheblich grösseres Wirtschaftswachstum einher. Aus einer keynesianistischen Perspektive vielversprechender wäre es, das Geld in soziale Bereiche wie Gesundheits- und Bildungswesen, grüne Technologie oder Infrastrukturprojekte zu investieren. Gemäss verschiedenen Studien steigert ein in Rüstung investierter Dollar das Wirtschaftswachstum etwa zwischen 0.6 und 1.2 Dollar, würde dieser Dollar in Infrastruktur investiert, würde das jedoch zu einem Anstieg des BIP von mindestens 1.5 Dollar führen.

Die Aufrüstung, die wir seit 2014 und insbesondere seit 2022 beobachten, ist für die europäischen Staaten in erster Linie also eine politische Notwendigkeit und kein wirtschaftliches Programm. Zwar lassen sich diese Bereiche nicht strikt voneinander trennen und es mag in der Aufrüstung auch um die Absicherung der eigenen Ein-

flusssphäre und damit um Fragen der wirtschaftlichen Profitabilität gehen. Unmittelbar rechnet sich die Kriegsvorbereitung für die EU allerdings nicht. Und doch stellen sich dabei wirtschaftspolitische Fragen, bei denen sich der Blick auf jene politökonomischen Prozesse lohnen, die jüngst unter dem Begriff Militärkeynesianismus diskutiert wurden.

Kaufen oder Selbstproduzieren

Die Aufrüstungspläne der EU sind zugleich Sicherheits- wie Industriepolitik. In der Vereinbarung dieser beiden Ansprüche steht man allerdings vor einem Problem. Im Moment kaufen die Mitgliedsstaaten ihre Rüstungsgüter zu etwa 80% ausserhalb der EU, zum grössten Teil von den USA. Das heisst von den Milliarden, die Deutschland und Co. in die Rüstung stecken, profitiert vor allem die amerikanische Rüstungsindustrie. Die EU hat deshalb ein Interesse daran, die eigenen Produktionskapazitäten auszubauen, damit das in die Rüstung investierte Geld auch die eigenen Volkswirtschaften belebt. Davon profitieren wollen auch spekulativere Investitionen. Die in den letzten Jahren rasant steigenden Aktienkurse europäischer Rüstungsunternehmen – bei im Vergleich dazu stagnierender Aktienkurse der fünf grossen amerikanischen Rüstungsunternehmen – sind etwa eine grosse Wette darauf, dass in Europa tatsächlich neue Investitionen und Kapazitätsausbau folgen. Zudem wäre die EU mit einer stärkeren eigenen Rüstungsindustrie auch unabhängiger von den USA.

Es gibt aber auch Gründe, die für die EU sprechen, noch mehr Waffen aus den USA zu kaufen. Erstens: Soll die Aufrüstung so schnell wie gewünscht gelingen, muss man US-Waffen kaufen. Die EU und besonders Deutschland haben nach jetzigem Stand nicht die Produktionskapazitäten, um die politisch beschlossene Aufrüstung zu bewerkstelligen. Es ist einfacher und vor allem schneller, Waffen zu kaufen, als eigene Produktionskapazitäten auszubauen. Zweitens: Wer Produktionskapazitäten für Rüstung aufbaut, kann von anderen Gütern weniger produzieren. Volkswirtschaftlich stellt sich also die Frage, ob die eigene Industrie dazu motiviert wird, Rüstungsgüter, Autos oder Sonnenkollektoren zu produzieren. Dabei geht es nicht nur um Fragen der staatlich aufgewandten Mittel für Bestellungen von Waren, sondern umfassender darum, wo Produktionskapazitäten und damit auch Infrastrukturen ausgebaut werden oder wo der Staat aktiv dem Fachkräftemangel begegnet. Der dritte Grund für den Kauf von Waffen aus den USA ist politischer Natur. Denn mit dem Erwerb von Rüstungsgütern aus den USA kauft man sich

auch die Gunst von Trump. Spätestens mit dem diffusen Deal zwischen Von der Leyen und Trump, bei dem die EU versprach, grosszügig Waffen und Öl aus den USA zu kaufen, damit im Gegenzug die US-Zölle auf EU-Importe auf 15% beschränkt werden, wurde klar, dass es ein politisches Interesse gibt, Trump durch solche Kaufabsichten bei Laune zu halten.

Keine Einheit innerhalb der EU

In dieser Gemengelage zeigt sich, dass innerhalb der EU unterschiedliche Lösungen präferiert werden. Auch wenn die EU versucht, gemeinsam aufzutreten, agieren ihre Führungsmächte Frankreich und Deutschland im Sinne ihrer eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen. Macron betont gerne die Wichtigkeit, Waffen selbst herzustellen. Das macht durchaus Sinn: Frankreich beheimatet den grössten militärindustriellen Komplex der EU. Wenn die EU, wie etwa vor einigen Wochen diskutiert, keine F/A 18-Flieger mehr aus den USA will, dann kann Frankreich neue Rafale liefern.

Deutschland hingegen möchte Waffen weiterhin in den USA kaufen. Zum einen gehört die Administration um Merz ideologisch zu den überzeugtesten Transatlantiker_innen, zum anderen hat Deutschland im Moment nicht die Kapazitäten, die Aufrüstung selbst zu bewerkstelligen. Trotzdem will man möglichst viel selbst produzieren, um mindestens teilweise auch wirtschaftlich von den ausgegebenen Geldern zu profitieren. «Aufrüstung müsse sich wieder lohnen», meinte Kanzler Merz unlängst.

Umbau der Industrie

Lohnenswert scheint die Aufrüstung in Deutschland etwa dort, wo sie industriepolitisch für den Umbau der kriselnden Industrielandschaft dienlich gemacht wird. Bestes Beispiel ist eine abgeschlossene Kooperation zwischen Continental und Rheinmetall mit dem Ziel, die Beschäftigten des in der Krise steckenden Reifenherstellers in die boomende Rüstungsindustrie zu führen. 100 Arbeiter_innen des Continental Standort Gifhorn sollen ca. 50km nördlich eine Arbeit in einer Fabrik von Rheinmetall finden. Auch andernorts werden ähnliche Massnahmen diskutiert. So interessiert sich Rheinmetall etwa dafür ein VW-Werk in Osnabrück zu übernehmen, um dort militärische Fahrzeuge herzustellen. Ein solcher Umbau der Industrielandschaft beschafft der Rüstungsindustrie nicht nur die dringend benötigten Fachkräfte, sondern soll auch die sozialen Auswirkungen der kriselnden Automobilindustrie mildern.

In solchen Beispielen zeigt sich die wachsende Relevanz einer Industriepolitik, die aktiver versucht, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbrüche über Steuern, andere finanzielle Anreize, direkte Vermittlung und der zur Verfügungstellung von Infrastruktur nach ihren politischen und wirtschaftlichen Zielen hin zu organisieren. Der Begriff Militärkeynesianismus ist zwar in Teilen irreführend, doch hinsichtlich seiner damit einhergehenden Versprechen und Aktivierung unterschiedlicher politischer Fraktionen durchaus bedenkenswert. Indem die sozialen Folgen der Krise abgeschwächt werden und die Aufrüstung ein paar sichere Jobs verspricht, soll beispielsweise die Zustimmung von Gewerkschaften und einem Teil der Arbeiter_innen erkaufte werden. Gleichzeitig vermag die Aussicht auf grosse Investitionen die Zustimmung sozialdemokratischer und grüner Reformist_innen und Modernisierungsfreund_innen zu sichern. Militärkeynesianismus ist also nicht nur als industriepolitisches Programm zu Gunsten der eigenen Rüstungsindustrie und der eigenen Wirtschaft zu verstehen, sondern auch als ideologisches Programm, das sich die Zustimmung der eigenen Bevölkerung zur umfassenden Militarisierung der Gesellschaft durch wirtschaftspolitische Versprechen sichert.

Leider lässt sich momentan festhalten, dass genau dies ziemlich gut funktioniert. Der Widerstand gegen den Kriegskurs ist marginal. Zwar haben viele gewisse Vorbehalte gegenüber der Aufrüstung, Zeichen eines organisierten Widerstands gibt es allerdings kaum. Gewerkschaften, Grüne, Sozialdemokratie und andere Reformist_innen tragen den Kriegskurs weitgehend mit, während sich die Rechtsausen-Parteien als Friedensparteien inszenieren, der Aufrüstung aber ideologisch zustimmen. Für uns als Kommunist_innen ist die Aufgabe klar: Wir müssen eine schlagkräftige Bewegung gegen den Krieg aufbauen und die Lüge enttarnen, die Aufrüstung habe auch für die Arbeiter_innenklasse irgendetwas zu bieten.



Für einmal in heiterer Eintracht versammelt: Der deutsche Verteidigungsminister Pistorius (l.), sein französisches Pendant Lecornu (r.) und Rheinmetallchef Pappberger wünschen sich alle mehr Tempo bei der Entwicklung neuer Panzer in französisch-deutscher Kooperation

WIDERSTAND

Nach 41 Jahren Knast – Georges Abdallah ist draussen!

Am 25. Juli 2025 kam Georges Ibrahim Abdallah aus der Haft. Sein Kampf in- und ausserhalb der Gefängnismauern prägte die antiimperialistische Bewegung weltweit. Eine Geschichte von Widerstand und Solidarität.

(agkk) «Heute stärker als jemals zuvor!» Mit diesen Worten auf den Lippen betrat Georges nach über vier Jahrzehnten in französischer Haft zum ersten Mal wieder libanesischen Boden. Er betonte damit die Notwendigkeit für den Widerstand gegen den zionistischen Staat und die Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Gleichzeitig ist der Satz ein Sinnbild von Georges selbst und seinem fortwährenden Kampf für eine kommunistische Perspektive in Palästina und der gesamten Welt.

Palästina, der Libanon und die LARF

Mit der Staatsgründung Israels und der damit verbundenen Nakba wurden über 700'000 Palästinenser_innen in die umliegenden arabischen Staaten vertrieben. Der palästinensische Widerstand gegen den zionistischen Staat formierte sich in den darauffolgenden Jahrzehnten primär in Jordanien und dem Libanon. Die Palästinenser_innen und ihre Organisationen verbündeten sich in gegenseitiger Solidarität mit den arabischen Massen im antiimperialistischen Kampf. Dies aus der Überzeugung, dass nur ein vereint geführter Kampf gegen das imperiale Kapital die Befreiung Palästinas herbeiführen könne. Diese Überzeugung trieb auch Georges in den bewaffneten Kampf gegen die Kompradorenbourgeoisie im Libanon. Ende der 70er Jahre war er Mitgründer der Lebanese Armed Revolutionary Forces (LARF), welche eng mit der Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP) verbunden war und im Austausch mit der europäischen Stadtguerilla stand. Anfang der 80er verübte die Organisation mehrere erfolgreiche Aktionen, was sie und insbesondere Georges zu einer Gefahr für die westliche Hegemonie machte.

Repression durch die Profiteure

Die Verstrickungen zwischen dem Westen und dem zionistischen Projekt sind zur Genüge bekannt. Die Repression westlicher Staaten gegenüber dem globalen Widerstand und der Palästinasolidarität ist nichts, was erst anschliessend an die Al-Aqsa-Flut aufgekommen wäre. Nicht nur die Verhaftung von Georges durch den französischen Staat im Jahr 1984, sondern auch die darauffolgenden Prozesse zeugen davon: Die Repressionsorgane westlicher, bürgerlicher Staaten schützen in erster Linie das globale Kapital und somit auch Israel.

Georges ist ein Militanter, der die historischen Vorschläge der arabischen revolutionären Linken eines freien, säkularen, demokratischen Palästinas vom Meer bis zum Jordan lebendig hält. Ein Militanter, der sich konsequent in den kommunistischen und internationalistischen Widerstand einordnet. Daher sorgten die Handlanger und Profiteure Israels, namentlich der US-Imperialismus und die französische Justiz auch immer wieder dafür, dass die Inhaftierung von Georges verlängert wurde – ohne sich um die Werte, Regeln und Prinzipien zu scheren, auf die sie sich selbst so gerne berufen.

Wir gewinnen zusammen und nur zusammen!

Der Kampf um die Freilassung von Georges wurde von der Roten Hilfe International (RHI) eng begleitet und war für diese prägend (vgl. Danke für alles, Georges! Internationales Sekretariat, RHI, 17. Juli 2025). Mit der Eskalation des zionistischen Angriffs und der aktiven Palästina-Bewegung weltweit wuchs auch die Solidaritätsbewegung um Georges.

Die Bedeutung der politischen Gefangenen und ihrer Funktion als Bezugspunkt für die revolutionäre Bewegung zeigt sich bei Georges exemplarisch. Dabei hängt die Resilienz der inhaftierten Genoss_innen immer auch massgeblich von der Standhaftigkeit der Bewegung ausserhalb der Knäste ab. Den Vereinzelungsversuchen des Staates stellen wir unsere internationale Solidarität entgegen, die auch die Isolierung durch Zellwände nicht brechen kann.

In unserem Kampf liegt eine Kraft, welche das Kapital herausfordert. Die Repressionsorgane ruhen daher nicht und greifen immer wieder an. Die Streichung der Aufenthaltsbewilligung von Mohammed «Mo» Khatib von der Organisation für palästinensische politische Gefangene, Samidoun, durch den belgischen Staat ist hierbei nur das jüngste Beispiel. Doch die Solidarität ist eine unserer Waffen, die die Gegenseite nicht hat und die Vorstellung der Welt, die wir uns erkämpfen werden, lässt uns standhaft bleiben. Oder in Georges' Worten: «Widerstand bedeutet Freiheit! Versammeln wir uns hinter dem Widerstand, mobilisieren wir uns für Gaza!»



Transpiaktion der RJZ an der Palästina-Libanon-Demonstration vom 5.10.24 in Basel

POST

Wer solche Freunde hat

Diesen Sommer ging ein weiterer Kampfzyklus bei der Post in Oerlikon zu Ende. Die Paketzusteller_innen haben Enormes geleistet. Sie haben sich organisiert, die Initiative ergriffen, entschlossen gekämpft, sich nicht einlullen lassen und damit auch solidarische Herzen der Bevölkerung geöffnet. Ausgerechnet die Gewerkschaftsführung der syndicom versucht zusammen mit dem Postmanagement diesen Kampf zu delegitimieren.

(az) Der Arbeitskampf der Paketzusteller_innen bei der Post in Oerlikon war und ist ein hierzulande seltenes Beispiel von Selbstbewusstsein, bei dem es um nicht weniger als die Durchsetzung der 42-Stunden-Woche geht (siehe AUFBAU 121). Der seit Ende November geführte Arbeitskampf schaffte es bis in den März hinein den gelben Riesen mit dem Rücken an die Wand zu bringen. Gerade bei der Post, die sich gerne das Image der sozialen Arbeitgeberin gibt, war die dabei geschaffene Öffentlichkeit über die prekären Arbeitsbedingungen in Oerlikon ein empfindlicher Nackenschlag. Durch tausende Solidaritätskleber an Briefkästen in der Deutschschweiz und der Romandie erlangte der Arbeitskampf Ende März in den bürgerlichen Medien breite Aufmerksamkeit. Auch wenn bisher nicht alle Forderungen durchgesetzt werden konnten, so hat diese Hartnäckigkeit viel verändert. Das Management hat begonnen, zusätzliche Zustellbezirke zu planen und umzusetzen, was zu etwas Entlastung geführt

hat – wenn auch nicht unter Miteinbezug der Bot_innen. Und auch die bis zum Ende 2024 gängigen Arbeitszeitmanipulationen fanden plötzlich ein Ende. Es ist wichtig zu sehen, dass diese – und andere Verbesserungen – nie stattgefunden hätten, wenn die Belegschaft nicht den Kampf aufgenommen hätte. Dass solche Zugeständnisse aber still und hintenum gemacht werden, ist für diese Auseinandersetzung charakteristisch. Das Management will auf jeden Fall verhindern, dass die Post-Angestellten sehen, dass sich kämpfen lohnt. Tragischerweise ist es den Bossen gelungen, auch die Gewerkschaftsführung in diese narrative Strategie einzubinden.

Hausverbot als Gegenreaktion

Lange sah es so aus, als würde die Belegschaft ihre Forderungen ganz durchsetzen können. Anfangs März setzte sie mit Unterstützung ihrer beiden Gewerkschaftsfunktionär_innen die Initiative fort. Die Belegschaft verdächtigte die Leitung, bei der Erfassung der Arbeitszeiten in Oerlikon nachträglich verschiedene Manipulationen vorgenommen zu haben. Dabei soll es zur Vertuschung von Verstössen gegen das Arbeitszeitgesetz (Schichthöchst-arbeitszeit, wöchentliche Höchstarbeitszeit oder das Anrecht auf Nachtschichtzulagen) durch nachträgliche Anpassungen, Trickereien im Arbeitszeiterfassungssystem oder Umbuchungen auf andere Tage oder Wochen gekommen sein. Für die Gewerkschaft wäre das ein Be-

weis, dass das Arbeitszeitgesetz nicht eingehalten wurde. Deshalb stellten rund die Hälfte der Bot_innen koordiniert eine Vollmacht aus, um Einblick in ihre individuellen Arbeitszeitrapporte und in die manuellen Anpassungen der erfassten Arbeitstage zu erhalten. Das hätte ein Hauptforderung nach Strafzahlungen für geleistete Wochenarbeitszeiten über 42 Stunden durchsetzen können. So wurden Anfang März die Vollmachten von den Gewerkschaftsfunktionär_innen mit einer offensiven Rede der Standortleitung übergeben und die Aushändigung der Dokumente binnen weniger Tage gefordert.

Auf diese Forderung reagierte das Postmanagement dann aber mit einem Hausverbot gegen die zwei Funktionär_innen. Dieser Gegenschlag sollte sich als vorläufiger Kippmoment erweisen. Das Hausverbot beschränkte sich nicht nur auf den Standort Oerlikon, sondern wurde für sämtliche Postgebäude in der ganzen Schweiz ausgesprochen, was wiederum auch Einschnitte für die gewerkschaftliche Arbeit an anderen Post-Standorten bedeutete. Das Ziel des Gegenangriffes war klar: Die Belegschaft und die betroffenen Funktionär_innen waren zu entschlossen, deshalb versuchte das Management nun die Loyalität der sozialpartnerschaftlichen syndicom Führung in die Pflicht zu nehmen. Ganz nach dem Motto: «Wenn die syndicom weiterhin freien Zugang zu den Postbetrieben will, dann bestimmt die Post ab jetzt, wer die Arbeiter_innen wie vertritt.»

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

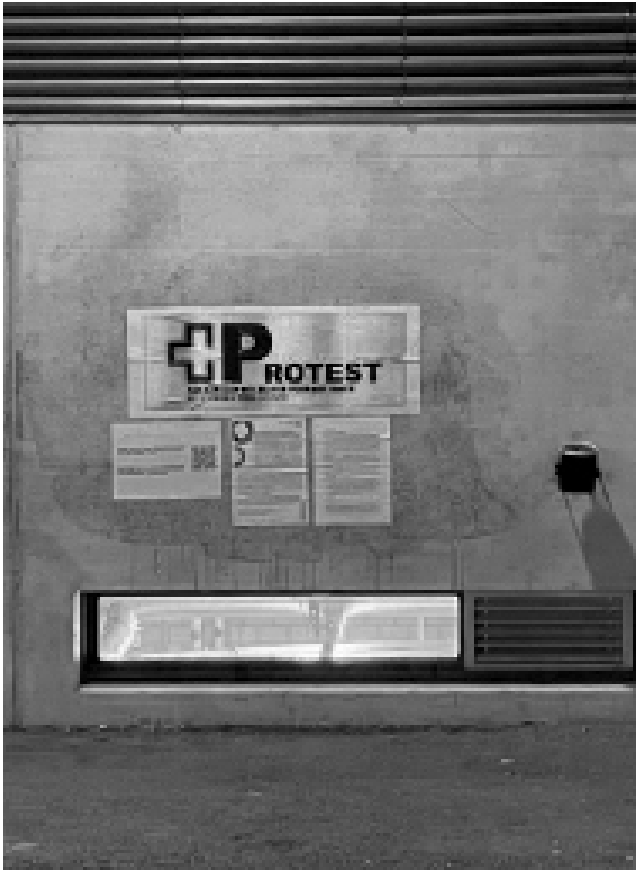
Einschüchterungen und versuchte Weiterführung des Kampfes in der Defensive

Die Betriebsgruppe musste auf diese Erpressung reagieren und beschloss eine Protestpause gegen das Hausverbot und für die ursprünglichen Forderungen. Diese Protestpause ist dann aber zu schwach ausgefallen. Zu repressiv war das Betriebsklima – Bot_innen wurden eingeschüchtert oder gar aktiv von Vorgesetzten an der Teilnahme gehindert. Für den Schritt, sich ganz offen und klar gegen den Druck der Vorgesetzten zu stellen, war die Belegschaft insgesamt – trotz ihrer Kampferfahrung – noch nicht bereit. Klar ist aber auch, dass die Situation anders ausgesehen hätte, wenn sich die syndicom Führung entschlossen gegen diesen Angriff auf die gewerkschaftlichen Rechte positioniert hätte.

Das Management hatte also richtig kalkuliert – die Gewerkschaftsführung liess lieber die Leute in Oerlikon fallen, um ihre Sozialpartnerschaft und den Goodwill des Post-Managements zu retten. Was Ende Mai dann folgte war ein Schlag ins Gesicht aller im Betrieb, die monatelang für ihre Arbeitsbedingungen gekämpft hatten. Der syndicom-Präsident Matteo Antonini kommunizierte in einem gemeinsamen Schreiben mit dem Postmanagement an die Belegschaft, dass es von Seiten der Post zu keiner Zeit zu Gesetzesverstössen gekommen sei und die Standortleitung sich nichts zu Schulden habe kommen lassen – damit wurden also alle Gründe für den Kampf einfach als nichtig in den Wind geworfen. Und noch beleidigender ist die Aussage, dass es demzufolge keine Legitima-

tion für das offensive Handeln der Belegschaft und der Funktionär_innen gegeben hätte. Die Strategie des Postmanagements ist damit voll aufgegangen. Der Kampf der Postbot_innen in Oerlikon hatte Ausstrahlungskraft: Das öffentliche Eingeständnis der Postleitung, dass Zahlen manipuliert wurden, hätte zur Legitimation und Startschuss für gewerkschaftliche Aktionen in anderen Standorten z.B. in der Westschweiz werden können, wo es auch schon rumort. Und die linke Solidaritätsbewegung hat mit Kleberaktionen bewiesen, dass das Verständnis in der Bevölkerung für einen solchen Kampf sehr gross ist. Aber indem die Gewerkschaftsführung ebendiese Offensive der Belegschaft so offen delegitimiert, sendet sie das Signal, dass sich kämpfen nicht lohnt – genau das Gegenteil von dem, was eine Gewerkschaft sagen sollte. Im Gegenzug hob die Post das Hausverbot wieder auf – solange die syndicom sich an die Sozialpartnerschaft halte. Die Taktik der Hausverbote gegen Funktionär_innen ist im Arbeitskampf also nicht zu unterschätzen. Aber sie wirkt nur, weil die Gewerkschaftsführung eben bereit ist, ihre Mitglieder und kämpferischen Funktionäre für die Sozialpartnerschaft zu opfern, wenn es hart auf hart kommt.

Natürlich hat das auch innerhalb der syndicom Wellen geworfen. Damit die Postbot_innen in Oerlikon im nächsten Kampfzyklus echte Unterstützung der syndicom erhält, muss der Kampf auch in der syndicom geführt werden. Mit der Abwahl des besonders sozialpartnerschaftlichen Sektorleiters Logistik im Juni hat die Gewerkschaftsbasis einen ersten Schritt schon unternommen. Aber wer einen solchen Gewerkschaftspräsidenten hat, braucht keine Postmanager als Feinde.



Soliaktion für die kämpfende Belegschaft in Oerlikon, Januar 2025

TROTZPHASE

Dem Geier an die Eier

Noch im November letzten Jahres schien es, dass die feministische Bewegung für die Care-Arbeit in Kitas einen Erfolg in der Stadt Zürich verbucht, der in die ganze Schweiz ausstrahlt hätte. Kurz vor der Ziellinie – und viel zu leise – machte dem der Geier einen Strich durch die Rechnung.

(az) Wir erinnern uns noch an die gewaltige Massenmobilisierung zum feministischen Streik 2019. Über ihre gesellschaftliche Bedeutung wurde zurecht viel – auch von uns – geschrieben und dass sich aktuelle und kommende Generationen von Frauen und genderqueeren Personen durch den Streik zur offensiven gesellschaftlichen Kraft ermächtigt haben, ist nicht von der Hand zu weisen. Und das ist auch das Wesentliche. Trotzdem hat der Streik auch wenige direkte materielle Errungenschaften erzielt – und damit meinen wir nicht eine höhere Frauenquote im bürgerlichen Parlament. Die von Kinderbetreuer_innen selbst organisierte Basisgruppe Trotzphase konnte damals zusammen mit der feministischen Bewegung das politische Moment nutzen, um



Dem Geier an die goldenen Eier.

konkrete materiell bedeutsame Erfolge zu erkämpfen. Konkret hat dieser politische Druck dazu geführt, dass der Zürcher Gemeinderat 2022 eine Verordnung verabschiedete, der allen Kitas in der Stadt mehr Geld, bessere Betreuungsschlüssel und die Möglichkeit für einen GAV garantierte. Die politische Bedeutung ist nicht zu unterschätzen, denn dann wäre ein Präzedenzfall für die politische Umsetzbarkeit errungen worden, an dem sich die Kinderbetreuer_innen anderer Städte in der Schweiz hätten orientieren können.

Und gerade diese politische Bedeutung hatte wohl auch Christian Geier – Besitzer der Kitakette «fugu Kinderkrippen GmbH» – zusammen mit zwei anderen Kitabetreiber_innen auf den Plan gerufen, gegen ebendiese Verordnung Rekurs einzureichen. Was die Trotzphase dagegen unternimmt und was es mit dem Geier auf sich hat, könnt ihr im ausführlichen Artikel in unserer online-Ausgabe nachlesen.

MERKE

In dieser Rubrik zeigen wir euch Bilder von Bullen. Die Anonymität ist eine ihrer Waffen. Merkt euch darum ihre Gesichter. Je besser und schneller wir sie an Demos und Aktionen erkennen, umso schwerer machen wir ihnen ihre Arbeit und schützen uns selber vor Repression.

Schickt uns eure Fotos!



Einsatzleiter Front, Marcel Stutz, gibt Befehl aber gewalttätigen Einsatz gegen die kraftvolle Nachdemo.



Marcel Stutz, Abt Fachbereich Aktivismus, Extremismus und Melanie Cross.



Soliaktion in Zürich mit einem Statement der politischen Gefangenen vom Evin-Gefängnis

Fortsetzung von Seite 1

Wie hat die islamische Republik auf die Angriffe reagiert?

Die Islamische Republik hat die Angewohnheit, sich für ihre Niederlagen an der eigenen Bevölkerung zu rächen. Und das tut sie gerade. Es gibt massenhaft willkürliche Festnahmen, hauptsächlich basierend auf der konstruierten Anschuldigung, die Verhafteten seien israelische Agenten. Oder die Verschärfung der Haftbedingungen in den Gefängnissen. Es sind Aktivist_innen und Intellektuelle, die aktuell unter Generalverdacht stehen, oder ganze Volksgruppen (wie die Kurd_innen und die Belutsch_innen).

Viele militärische Schläge wurden mit Hilfe von israelischen Agenten im Inland ausgeführt, was die innere Zersetzung und Verrottung des Systems zeigt. Prominenteste Beispiele sind die vermeintlich gezielten Drohnenangriffe auf Infrastruktur, Nuklearwissenschaftler_innen und auf Armeegeneräle. Die Islamische Republik hat starke Verluste in ihrem Sicherheitsapparat erlitten, prominente Mitglieder der Revolutionsgarde wurden getötet.

Es ist ein durch und durch verkommenes System aus Korruption, Unterdrückung und Elend, die zum verzweifelten Alltag gehören. Dieses System wird mittlerweile nicht nur vom Grossteil der Bevölkerung abgelehnt, sondern ist auch ideologisch bankrott. Darum ist auch die Repression nach innen umso härter und macht uns seit den ersten Tagen des Krieges am meisten Sorgen. Im Kriegszustand gibt es immer den Versuch, jegliche Opposition zu ersticken und eine Homogenisierung des Volkes hinter die politisch-militärische Führung zu erzwingen.

Und ich glaube, die grösste Katastrophe, neben den willkürlichen Festnahmen und den dutzenden Hinrichtungen, die sich gerade vollzieht, ist die Massendeportation der Afghan_innen im Iran. Die Lage in den Abschiebelagern ist katastrophal, 45°C und teilweise ohne Brot und Wasser. Es gibt Videos, die zeigen, wie die arme belutschische Dorfbevölkerung an den Toren dieser Camps versucht, mit Brot und Wasserflaschen auszuhelfen. Die Solidarität zwischen den Ärmsten auf der einen Seite, auf der anderen Seite Chauvinismus und Faschismus, der hier ausartet und von einem Teil der Bevölkerung bejubelt wird, das lässt einen erschauern.

Welche Tendenzen sind innerhalb der Bevölkerung auszumachen?

In der Bevölkerung können wir zwischen drei Gruppen unterscheiden. Die erste Gruppe ist diejenige, die sich auf der Seite der Regierung schlägt. Jene, die die islamische Republik wirklich unterstützen, aber auch ein Teil des Volkes, der die Islamische Republik ablehnt, sich aber aus einem patriotischen Impuls der Vaterlandsverteidigung hinter die Regierung und die Armee stellt.

Eine zweite Gruppe sympathisiert mit den israelischen Angriffen, die haben wohl die Illusion einer Befreiung von aussen. Zentral dabei ist sicher der Einfluss jahrelanger ausländischer Propaganda und Einflussnahme, die uns das Bild vermittelt: «Wenn jetzt die USA oder Israel angreifen und die Islamische Republik entmachten, dann werden wir so wohlhabend wie Schweden oder Norwegen». Dass die Lage nach einem solchen Krieg eher der Situation in

Libyen, Syrien oder Irak ähnlich sein würde, das haben sie nicht vor Augen. Und gleichzeitig nährt sich diese Position auch aus einem nachvollziehbaren und verzweifelten Hass auf die Islamische Republik, der aber politisch fehlgeleitet wird und eine sehr destruktive und reaktionäre Form annimmt. Ich glaube, es war gerade für diese Menschen ein Weckruf, als sie die Realität des Krieges und die zivilen Opfer gesehen haben. Sie haben realisiert, dass die israelischen Luftschläge nicht nur irgendwelche Militärs treffen, sondern ganze Hochhäuser dem Erdboden gleichmachen. In 12 Tagen sind bei uns über 900 Menschen durch israelische Bomben ermordet worden, mehrere Tausend sind verletzt, der absolute Grossteil davon sind Zivilist_innen. Und wenn wir heute über diese hundert zivilen Opfer sprechen ist es unmöglich im gleichen Atemzug, über den nicht enden wollenden Genozid am palästinensischen Volk in Gaza zu schweigen.

Die dritte – und meiner Meinung nach grösste – Gruppe, ist die Bevölkerung, die einfach keinen Bock hat auf diesen Krieg. Sie sind in der Islamischen Republik gefangen zwischen Armut, Korruption und Perspektivlosigkeit und jetzt müssen sie sich auch noch mit Bomben auf ihren Städten rumschlagen. Auf die schon bestehenden Existenzängste wird noch eine neue Existenzangst obendrauf gegeben, eine weitere Zumutung in einem eh schon harten Leben. Sie sehen die Islamische Republik und Israel als die zwei Seiten der gleichen Medaille. In einem Gespräch brachte es jemand mit einem zynischen Lächeln so auf den Punkt: «Guck mal, jetzt wollen uns die einen Kindermörder von den anderen Kindermördern befreien». Diese Gruppe hat ihre eigenen Interessen und Vorstellungen: Sie wollen leben, selbstbestimmt in Freiheit und mit Würde.

Wie artikulieren sich diese Interessen in der aktuellen Kriegssituation? Gibt es Widerstand?

Es gibt politische Stellungnahmen. Die Lehrgewerkschaft und der Schriftstellerverband haben eine Erklärung verfasst, Stimmen aus den Busfahrergewerkschaften waren zu hören, ebenso von vielen verschiedenen Berufsverbänden und kleinere linke Parteien, die sich gegen den Krieg, aber auch explizit gegen die israelische Aggression sowie gegen die Islamische Republik gestellt haben. Verbunden wurden diese Statements oft mit dem Aufruf, dass sich die Bevölkerung selber organisieren soll, Komitees gründen soll, um die Alltagsversorgung aufrechtzuerhalten und um medizinische Hilfe zu organisieren. Diese Unterstützung kann zu einer wichtigen Grundlage werden, um später Selbstverwaltungsstrukturen zu schaffen.

Ich will ein paar Zeilen von der Stellungnahme des Schriftstellerverbands zitieren, weil ich die für sehr zutreffend halte: «Der Krieg eines faschistischen Regimes, das auf Besatzung und Völkermord gründet, gegen eine Herrschaft, die sich im Blut von Gegner_innen und Freiheitskämpfer_innen wäscht, zerstört nicht nur Leben. Es bringt auch den jahrzehntelangen Kampf für Freiheit und Gleichheit zum Stillstand und wirft ihn vielleicht auch zurück. Wir fürchten, dass die Errungenschaften der Freiheitsbewegung von 2022, die selbst aus früheren Aufständen hervorgingen, in dieser Invasion zerrieben werden können. Auf dem verbrannten Boden danach könnte extremer Nationalismus, religiöser Fanatismus und neuer Faschismus spriessen.»

Die politischen Gefangenen haben sich sehr früh und klar geäussert. Kannst du dazu noch was sagen?

Israel stilisiert sich im Westen ja sehr gerne als Verteidiger der Menschenrechte und lässt IDF-Soldat_innen in TikTok Videos tanzen. Oder dann heisst es «Jin-Jiyan-Azadi» aus dem imperialistischen Chor und man bejubelt und vereinnahmt das. Unser «Jin-Jiyan-Azadi» sitzt in unseren Knästen, leistet Widerstand und äussert sich klar gegen jegliche imperialistische Vereinnahmung, wie das Statement von vier gefangenen Genossinnen zeigt: «Unsere Befreiung von der iranischen Diktatur kann nur gelingen durch den Massenwiderstand des Volkes, die Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte und nicht durch das Vertrauen auf ausländische Mächte.»

Diese Worte geben unsere Position gegen den Krieg wieder, gegen diese Todesmaschinerie, denn Krieg ist der Tod von jedem sozialen Prozess. Deshalb ist es auch wichtig, unnachgiebig für Frieden zu kämpfen. Zugleich sollten wir auch keine einzige politische und ökonomische Forderung zurücknehmen. Der Klassenkampf muss politisch eigenständig bleiben und das heisst, er kann seinem Wesen nach nicht mit dem Imperialismus kollaborieren, aber er darf auch nicht auf den Diskurs der Vaterlandsverteidigung zurückfallen. Gerade im antiimperialistischen Kampf sollten wir nicht aus den Augen verlieren, wofür und wogegen wir kämpfen. Wenn die Herrscher der islamischen Republik von der «Freiheit und Unabhängigkeit» unserer Heimat sprechen, dann meinen sie in erster Linie ihre eigene Freiheit und Unabhängigkeit in der Gestaltung der Ausbeutung in dieser Heimat. Ihre Heimat bedeutet für die Arbeiter_innen, Landwirt_innen, Kurd_innen, Araber_innen, Belutsch_innen, Afghan_innen etc: Ausgrenzung, Armut, Gewalt, Unterdrückung. Ihre Heimat bedeutet für uns Knast, Flucht, Exil. Deshalb ist ihre Heimat nicht unsere Heimat. Wir kämpfen für unsere eigene Sache, für unser eigenes Verständnis von Heimat, das nicht die Geografie definiert, sondern die Menschlichkeit und ein würdiges Zusammenleben.

Und hier will ich den Bogen schlagen zu der zweiten Ebene des Widerstandes, hin zu dem Alltagswiderstand der Menschen, der vielleicht viel kleiner und «unpolitisch» anmutet, aber es ist meiner Meinung nach der eigentliche Kern der Solidarität zwischen den Menschen. Als grosse Teile der Bevölkerung Teheran verlassen mussten, wurden ihnen in vielen Städten die Haustüren geöffnet und die Menschen haben Fremde, die nirgendwo hinkonnten, bei sich aufgenommen. Vielerorts gab es Berichte, wie Leute grosse Mengen an Essen gekocht haben, um es an die fliehenden Familien zu verteilen. Das sind kleine Formen von Solidarität und Zusammenhalt, die dem Chauvinismus objektiv entgegengetreten und die Menschen von unten zusammenführen. Gerade in Situationen von Angst und Unsicherheit haben viele erkannt, dass sie sich gegenseitig die besten Freunde und die beste Hilfe sein können. Vielleicht erinnerte es uns auch an die Erfahrung des Jina-Aufstands 2022, als verschiedene Jugend- und Stadtteilkomitees gegründet wurden, um den Widerstand und das Leben zu organisieren.

(ausführliche und aktualisierte Version online: www.aufbau.org)

GESCHICHTE DER NATUR

Die erste anthropogene Klimakrise, ein Genozid im 16. Jahrhundert

Schon immer hat die Natur eine aktive Rolle in der Geschichte gespielt. Um die Tragweite der aktuellen ökologischen Krise einzuordnen lohnt sich also ein Blick zurück.

(agkk) Die Geschichte ist die Geschichte der Klassenkämpfe, lehrt uns der historische Materialismus. Die Dialektik zwischen Gesellschaften und der Natur muss ebenfalls berücksichtigt werden, ergänzen US-Soziologe Jason W. Moore und der britische Ökonom Raj Patel. Ausgehend von der Krise, die das Ende des Feudalismus einläuterte, zeichnen sie in ihrem Buch «Entwertung – Eine Geschichte der Welt in sieben billigen Dingen» (orig. engl: «A History of the World in Seven Cheap Things – A Guide to Capitalism, Nature and the Future of the Planet») die Geschichte des Kapitalismus vom Beginn des Kolonialismus bis heute nach. Änderungen in der Umwelt haben vielfach eine aktivere Rolle bei Revolten und Umbrüchen historischer Epochen gespielt, als es in bürgerlichen Geschichtsbüchern steht. Und auf jede dieser Krisen war die Reaktion der Herrschenden die Ausdehnung der Ausbeutung und Aneignung, die wiederum mit Widerstand von unten beantwortet wurde.

Klimakrisen und Klassenkämpfe gehen Hand in Hand

Während der mittelalterlichen Warmzeit (ca. 950-1250) genoss Europa ein für die Landwirtschaft günstiges Klima, auf dessen Grundlage der Feudalismus aufblühte. Als das Klima danach kälter und nasser wurde, waren wiederholte Missernten und Hungersnöte die Folge. Aufgrund ihrer Profitinteressen liessen die Lehnsherren die Bäuer_innen v.a. Getreide anbauen. Diese mangelnde Vielfalt im Anbau laugte die Böden aus und schwächte die Resilienz gegenüber des damaligen Klimawandels. Die ab 1347 mit Handelsschiffen ankommende Pest traf die ausgemergelte Bauernschaft mit voller Härte und der Schwarze Tod raffte ein Drittel der europäischen Bevölkerung dahin. Die folgende Knappheit an Arbeitskräften verschob das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen nach unten und führte zusammen mit der grassierenden Not zu Aufständen, die zum Umsturz des Feudalismus schliesslich wesentlich beitrugen.

Vom Feudalismus zu Kolonialismus, Genozid und Kleiner Eiszeit

Die Feudalherren unternahmen alles, um letztlich vergeblich zu versuchen, das alte Feudalsystem wieder herzustellen. Sie hegten viele Allmenden ein (Privatisierung), worauf hin sich die Bäuer_innen im Deutschen Bauernkrieg in Deutschland, der Nordschweiz (u.a. Zürich und Bern), dem Elsass und Österreich um 1525 bewaffnet erhoben (s. Aufbau Nr. 119 & 120). Neben dieser Reaktion im Innern war eine weitere Antwort der Herrschenden die kriegerische Expansion, die Verschiebung der Ausbeutungs- und Aneignungsgrenzen (engl. Frontiers) nach Aussen, der Beginn des Kolonialismus im 15. Jahrhundert. Moore und Patel sehen darin die Wiege des Kapitalismus. Komplette im Widerspruch zur bürgerlichen Geschichtsschreibung erfolgte die Kolonisierung der Amerikas nicht aus einer europäischen Stärke sondern Schwäche und Krise. Zu dieser Zeit waren die spanische und portugiesische Flotte der chinesischen weit unterlegen. Dem Genozid an den Indigenen durch koloniale Gewalt, Ausbeutung und eingeschleppte Krankheiten fielen über 90% der Bevölkerung der Amerikas zum Opfer. Durch diesen dramatischen Bevölkerungseinbruch lagen Ackerflächen brach, wo Wald nachwuchs und dabei gigantische Mengen CO2 aus der Luft aufnahm. Dies wiederum verschärfte die Klimaabkühlung, die sich bis zur Kleinen Eiszeit (ca. 15.-19. Jh.) zuspitzte. Um 1610 erreichte der atmosphärische CO2-Gehalt durch den Genozid seinen kalten Tiefpunkt (Orbis-Spike – siehe Bild) und etwas verzögert trat die Klimakrise ein. Sie schüttelte Europa mit Hungersnöten, verschärften Klassenkämpfen, Aufständen und Revolutionen durch. Auch die Französische Revolution 1789-1799 fiel in die letzte Kälteperiode der Kleinen Eiszeit.

Kapitalismus als Weltökologie

In Marx' Worten: Der Kapitalismus wurde «von Kopf bis Zeh, aus allen Poren blut- und schmutztriefend» aus dem zusammenbrechenden Feudalismus geboren und die Natur spielte darin eine aktive Rolle. Moore und Patel sprechen daher vom Kapitalismus als Weltökologie. Diese Begrifflichkeit macht sichtbar, wie verwoben die herrschenden ökonomischen und gesellschaftlichen Verhält-

nisse mit der nicht-menschlichen Natur sind. Und deutet an, dass die zerstörerische Kraft des Kapitalismus auch auf der Trennung ebendieser beiden Sphären beruht. Die durch die begriffliche Trennung erschaffene Natur wird zu etwas dem Menschen Äusserlichen, zur Ressource, die zur uneingeschränkten Aneignung frei steht. Oder, wie es die Soziologin Claudia von Werlhof formuliert: «Aus der Sicht der Herrschenden (ist) [...] banalerweise jeweils alles das ›Natur‹ [...], wofür sie nicht bezahlen oder bezahlen wollen, was sie nichts (oder möglichst wenig) kosten soll. Das ist alles, was sie sich durch Raub (anstatt Tausch) aneignen können, und darüber hinaus alles, was sie nicht erneuern und erhalten wollen.»

Obwohl wir vom Kapitalismus sprechen, müssen wir anerkennen, dass wir keineswegs in einer komplett durchkapitalisierten Welt leben. Noch immer wird global mehr unbezahlte als bezahlte Arbeit geleistet. Die Ökosysteme regenerieren und puffern ohne das Zutun von Investor_innen. Ein wichtiger Teil der Landwirtschaft dient global betrachtet noch immer primär der Ernährung der eigenen Familie und nicht dem Absatz auf Märkten. Und es ist oft profitabler, dass zur Regeneration dieser Sphären das Kapital nichts beitragen muss. Moors und Patels These ist denn auch, dass der Kapitalismus weiterhin und wiederholt Kraft daraus schöpft, sich Produkte aus nicht-kapitalisierten Sphären anzueignen, um aus ihnen neuen Profit zu generieren. In den Krisen des Kapitalismus müssen diese «billigen Dinge» – wie Patel und Moore sie nennen – erhalten, damit sich die Rädchen der Mehrwertproduktion weiter drehen.

Frontiers und billige Dinge

Diese Ränder des Kapitalismus werden oft auch als Frontiers (engl. Grenzland) bezeichnet. Patel und Moore sprechen von sieben «billigen Dingen», deren Aneignung in der Geschichte des Kapitalismus immer schon eine Rolle gespielt hat: Billige Natur, billige Arbeit, billige Nahrung, billige Energie, billige Leben, billige Fürsorge, billiges Geld. «Billig» soll konzeptuell verstanden sein und kann je nach Kontext bedeuten, dass Dinge gratis oder sehr günstig zur Verfügung stehen oder auch durch ideologische Abwertung angeeignet werden. Wie diese miteinander zusammenhängen, sich gegenseitig bedingen oder ergänzen, werden die Autoren nicht müde mit historischen Beispielen auszuführen. So lässt sich beispielsweise die Entwicklung des globalen Ernährungssystems seit den Weltkriegen sehr anschaulich mit der «Verbilligung» dieser sieben Dinge beschreiben: Angefeuert durch Klassenkämpfe, mussten die Herrschenden, um weiterhin profitabel zu sein, dafür sorgen, dass die Arbeiter_innen möglichst geringe Lebenshaltungskosten hatten. Mit der Industrialisierung der Landwirtschaft und der Globalisierung der Produktion von Grundnahrungsmitteln konnte dies vorangetrieben werden. In Patels und Moors Worten: Billige Nahrung ermöglicht billige Arbeit. Diese billige Nahrung geht Hand in Hand mit Umweltzerstörung (billige Natur) und kann nur mithilfe von fossilen Brennstoffen

(billige Energie) und Kolonisierung (billige Leben) hergestellt werden. Bis heute ist diese Kaskade der Entwertung eine Grundlage der globalen Ausbeutungskette. Und auch die billige Fürsorge – also schlecht oder gar nicht bezahlte Haus- und Pflegearbeit – verbilligt bis heute die Ware Arbeitskraft. Die aktuelle Weltlage macht beispielhaft sichtbar, dass, wenn dies alles nichts mehr nützt, immerhin noch mit «billigem Geld» Expansionskriege geführt werden können.

Heutige Klimakrise bringt Klassengesellschaft ins Wanken

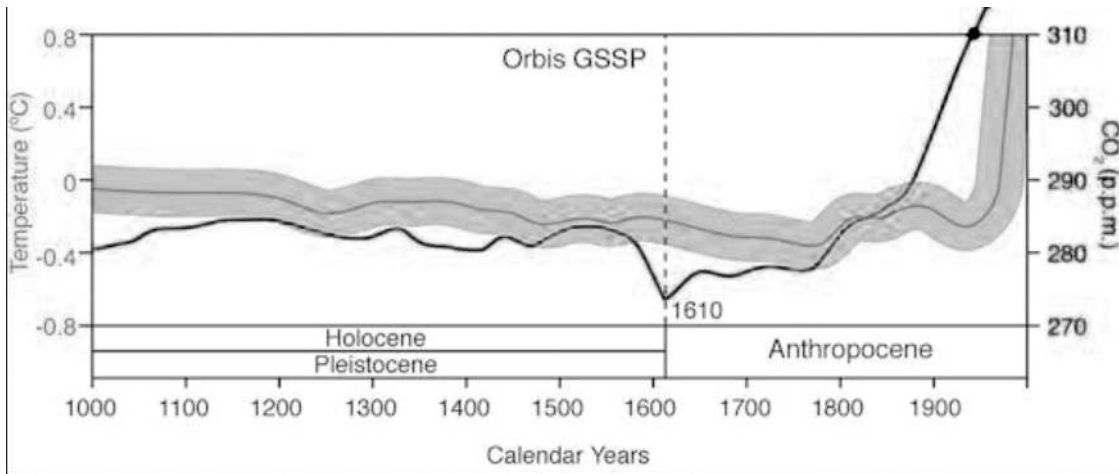
Immer wieder eröffnen Kapitalist_innen also neue Frontiers um mehr Kapital zu akkumulieren. Wohin weicht der Kapitalismus angesichts der heutigen umfassenden Krise aus? Welche Frontiers lassen sich noch ausdehnen? Welche billigen Dinge noch ausbeuten oder aneignen? Jede Frontier ist auch ein potentieller Ort für Widerstand. Die ökologischen Krisen zeigen Widerspruchslinien zwischen den Interessen der Klassen: Während das Kapital auf kurzfristigen Profit aus ist, ist die ganze Menschheit auf ein stabiles Klima und Ökosysteme angewiesen. Die aktuelle Klimakrise seit Mitte des 20. Jh. ist weit dramatischer als die mittelalterliche Warmzeit und die Kleine Eiszeit. Wenn diese bereits zu Aufständen und Revolten beitrugen, welche einschneidenden historischen Umbrüche kommen wohl auf uns zu? Klar ist, dass die ökologische Krise nicht nur globale Machtkomplexe verschieben wird, sondern auch hier das Klassengefüge ins Wanken bringen wird. Es liegt an uns, die Geschichte von einem proletarischen Standpunkt aus zu lesen, die aktive Rolle der Ökosysteme darin wahrzunehmen und mit unseren Kämpfen die Richtung der Konfrontationen zu bestimmen.

Zum weiter lesen und hören

Buch: Raj Patel & Jason W. Moore, 2018. Entwertung: Eine Geschichte der Welt in sieben billigen Dingen. Dt Übersetzung Rohwolt.

Buch: Jason W. Moore, 2015. Kapitalismus im Lebensnetz: Ökologie und die Akkumulation des Kapitals

Podcast (E): Theanalysis.news: Capitalocene: How Capitalism created the climate crisis: <https://open.spotify.com/episode/1zkOGVd2OZvTroO4nTWy0Q?si=df99611f102748f1>



Orbis Spike, atmosphärischer CO2-Gehalt und Temperatur-Kurven der Jahre 1000 bis heute

NORDKURDISTAN

Ein Reisebericht aus Bakur

Die Landschaft in Bakur, im Norden Kurdistans, wirkt auf den ersten Blick rauh, wild, fast unberührt. Die kargen Gebirgszüge mit den zackigen Bergspitzen, die Hügellandschaften mit Erde in verschiedenen Rot- und Grüntönen, die Flüsse, die sich zwischendurch schlängeln. Doch die Idylle täuscht: Der kurdische Teil im Südosten des türkischen Staatsgebiets wird seit dem Rückzug der Guerilla-Kämpfer_innen vom Militär besetzt und die Natur systematisch zerstört und ausgebeutet.

(agkk) Begonnen haben wir unsere Reise als Delegation mit Fokus auf Ökologie im letzten Frühling in Amed (auf türkisch «Diyarbakir»). Die Stadt, die als Hauptstadt Kurdistans gilt, kam im Städtekrieg 2015-2016 heftig unter türkischen Beschuss. Dabei wurde der Grossteil des historischen Stadtteils Sur, welchen die PKK im August 2015 als selbstverwaltete Zone deklariert hatte, durch Bombenangriffe zerstört. Nach Jahren der Zwangsverwaltung sind momentan wieder zwei demokratisch gewählte Politiker_innen der DEM-Partei (Nachfolgepartei der HDP) im Amt der Co-Bürgermeister_innen. Als wir die Bürgermeisterin Serra Bucak zum Abendessen treffen, erzählt sie uns, dass sie damit rechne, jederzeit verhaftet und abgesetzt zu werden. In Amed stechen uns ausserdem die vielen eingezäunten Neubau-Siedlungen ins Auge. Serra erklärt, dass sehr viel gebaut werde, aber dies auch einer Gentrifizierungspolitik dienen würde: Die Bevölkerung von Amed werde vertrieben, denn sie könnten sich die teuren neuen Wohnungen nicht mehr leisten. Die Einzäunung der Siedlungen im Stil von “Gated Communities” verändere das Gemeinschaftsgefühl in den Nachbarschaften. Doch die Kontrolle darüber, was in Amed gebaut wird, wurde Serra und dem Co-Bürgermeister von Ankara aus entzogen.

Etwas ausserhalb von Amed besuchen wir die Kooperative Ecotovia, die mit einem Stück besetzten Land eine Samenbibliothek und eine agrarökologische Schule aufgebaut hat. Durch die Zerstörung von landwirtschaftlichen Flächen durch den Staat wurden die Menschen immer abhängiger von Importen. Auch die Konzerne mit Monopol auf Samen, aus denen nicht weiter vermehrt werden kann, tragen zur Abhängigkeit und finanziellen Unsicherheit der lokalen Bevölkerung bei. Mit der eigenen Produktion und Verteilung an die Bevölkerung von Samen von einheimischen Gemüsesorten und Heilkräutern wirken sie dem entgegen und fördern die Fähigkeit zur Selbstversorgung. Die Schule von Ecotovia ist für alle Kinder zugänglich und bringt ihnen Grundlagen der ökologischen Landwirtschaft bei.

Unser Weg führt uns weiter nach Dersim, einer Stadt, in der der Widerstand der Kurd_innen, Alevit_innen und Zaza deutlich spürbar ist. Tafeln in den Strassen erinnern an das Massaker von 1938, mit dem der türkische Staat die Aufstände gegen die Assimilationspolitik und Unterdrückung beantwortete und kurzerhand 40'000 Menschen tötete. Und bereits vor den Zeiten der heutigen Türkei war Dersim durch seine Lage in den Bergen für das osmanische Reich ein schwer zu kontrollierender Ort. Besonders stark äussert sich die kämpferische Atmosphäre an Newroz, dem kurdischen Neujahrsfest. Der Festplatz ist umzingelt von Zivilpolizist_innen mit Kameras, auf den Dächern stehen Soldaten mit Gewehren in den Händen. Doch die Bevölkerung lässt sich von dieser Machtshow

nicht beirren und gemeinsam werden in den traditionellen Gewändern, wie sie auch die Guerilla trägt, kurdische Tänze getanzt.

Staudämme – nachhaltige Energiegewinnung oder Kriegstaktik?

In der Umgebung von Dersim gibt es verschiedene Staudamm-Projekte des türkischen Faschismus. Auf den ersten Blick mag das nicht schlimm klingen, vielleicht sogar nach Förderung von erneuerbaren Energien und Klimamassnahmen. Doch weit gefehlt: Die Staudämme, von denen die türkische Regierung in den letzten 30 Jahren 22 Stück in Nordkurdistan gebaut hat, dienen der Minimierung der Bewegungsfreiheit der Guerilla, der Evakuierung von kurdischen Dörfern und der langfristigen Veränderung der Ökologie im Gebiet. Landwirtschaftliche Flächen werden regelmässig geschwemmt und damit unbenutzbar gemacht und das Gebiet rund um den Staudamm als Militärsperrezone deklariert.

Ein weiteres eindrückliches Beispiel ist Hasankeyf, eines der ältesten dauerhaft besiedelten Gebiete auf der Welt, dessen Geschichte mit dem Bau des Ilisu-Staudamms absichtlich zubetoniert und versenkt wurde. 100'000 Menschen, die dort wohnhaft waren, verloren bei der Flutung im Jahr 2020 ihr Zuhause. Inzwischen prangt auf dem Hügel mit wenigen noch herausstehenden Felshöhlen und alten Steinhäusern ein riesiger türkischer Halbmond, und wo einst die Menschen und Tiere von Hasankeyf lebten, fahren nun Boote für Tourist_innen ein paar hundert Meter weiter oben über die Wasseroberfläche.

Doch nicht nur die regionalen Folgen der Staudämme zeugen davon, dass sie Teil einer Kriegstaktik sind: Der Atatürk-Staudamm, der den Euphrat staut, ist einer der ersten und grössten Dämme des Südostanatolien-Projekts. Er erlaubt der Türkei, die Wasserzufuhr nach Rojava zu kontrollieren. Auch der Tigris wird in Cizre an der Grenze zu Rojava, wo wir unseren nächsten Halt machen, gestaut. Für Rojava bedeutet dies Wasserknappheit, ihnen fehlt es an Trinkwasser, Wasser zur Bewässerung und Wasser für Energiegewinnung.

Die Entwaldung der ehemaligen Guerilla-Hochburgen

Von Cizre geht es weiter nach Şirnex, das zwischen dem Gabar- und dem Cudi-Gebirge, ehemaligen Hochburgen der kurdischen Guerilla, liegt. Von zwei älteren Hevals («Freund_innen, Genoss_innen») werden wir zu einer Seitenstrasse etwas ausserhalb des Städtchens geführt, wo Holz aus der Gegend zwischengelagert wird. Dieses Holz stammt grösstenteils von der kurdischen Eiche, einer früher in der Region sehr häufigen Baumart. Doch seit den 90ern verbrennt das türkische Militär massenhaft Wälder, und der Regierung nahestehende Firmen betreiben weitflächige Waldabholzung in ganz Bakur. Erst auf der Fahrt vom kurdischen Gebiet zurück in die türkischen Regionen wird uns das Ausmass der Entwaldung schmerzhaft bewusst: Plötzlich sind sämtliche Hügel wieder bewaldet, eine merkwürdige Ansicht für unsere Augen, die sich in Bakur an die kahlen und rauen Felslandschaften gewöhnt haben.

Diese Zerstörung der Wälder dient primär dem Zweck, das Gebiet für die türkischen Militärposten übersichtlich zu machen und die Guerilla in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken. So wurden zeitgleich mit den Waldbränden Militärstützpunkte auf jeder Hügelspitze, mit wenigen Kilometern Distanz zueinander, errichtet.

Neben der Verdrängung der Guerilla verfolgt das faschistische Regime mit der Entwaldungspolitik auch eine langfristige Strategie der ökologischen Kriegsführung und der Unbewohnbarmachung der Gegend, mit dem Ziel der Vertreibung und Vernichtung der kurdischen Bevölkerung. Wenn der Wald fehlt, verlieren die Berge den Halt und die Erosion tut ihr Übriges. Das Habitat der Flora und Fauna, die für die fruchtbare Erde zentral sind, verändert sich.

Mit Minenprojekten aus Vertreibung Profit machen

Doch es geht noch weiter: Der nächste Schritt der türkischen Vertreibungspolitik sind die Minenprojekte. Es handelt sich hierbei um Rohstoffabbau von Kohle, Zink, Sand, Phosphor und Gold durch regierungsnahe Firmen. Die Naturzerstörung durch diese Minenprojekte, die oftmals ohne jegliche Umweltregelungen oder -Kontrollen betrieben werden, ist immens. Die Hevals führen uns zu einem Fluss unterhalb einer Kohlemine in der Nähe von Şirnex. Der Fluss trug früher das Wort “Fisch” im Namen, weil er so reichhaltig an Leben war. Bei unserem Besuch ist er dunkel, beinahe schwarz, und stinkt grässlich. Die Verschmutzung durch die Mine hat die Biodiversität im Fluss zerstört und somit auch die Lebensgrundlage für die Menschen.

Auch für die Minenprojekte werden oft Militärsperren ausgerufen. Der Boden wird entweder an internationale Firmen oder AKP-nahe Betreiber vergeben. Die Bewilligung für den Rohstoffabbau ist dann auch an eine Bedingung geknüpft: Man muss für den Bau eines Militärstützpunktes aufkommen.

Der Kampf um die Natur ist zentral für eine revolutionäre Perspektive

Unsere Reise durch Bakur hat eindrücklich gezeigt, an wie vielen Fronten der Krieg des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung stattfindet und dass Naturzerstörung spezifisch als Kriegsmittel mit langfristigen Folgen eingesetzt wird. Der Widerstand dagegen und die Organisation für den Erhalt einer intakten Natur ist zentral für den revolutionären Kampf. Die Menschen in Bakur tun dies auf verschiedenen Ebenen: Sie demonstrieren gegen die Staudamm-Projekte, führen Aktionen gegen den Minenbau durch, gehen juristisch gegen die Infrastrukturprojekte vor und leisten mit Kollektiven wie dem mit der Samenbibliothek wichtige Aufbauarbeit.

Führen wir auch hier den Kampf für die Natur, für das Leben: Als Kommunist_innen wollen wir unsere Entfremdung von der Natur und voneinander bekämpfen und aus internationalen Kämpfen wie dem der kurdischen Genoss_innen Kraft und Inspiration schöpfen.

Weitere Artikel der Delegation: sozialismus.ch/artikel/



Der beinahe zwei Kilometer lange Ilisu-Staudamm

GESCHICHTE

Auf die Barrikaden!

Der Strassenkampf hat heute eine strategische Relevanz. Ein Blick zurück zeigt, dass das nicht von irgendwo kommt, sondern auch schon vor über 170 Jahren eine symbolische und praktische Bedeutung in revolutionären Kämpfen hatte. Eine kurze Geschichte mit vier Schlaglichtern.

(agi) Die Druckerschwärze des «Manifests der Kommunistischen Partei» war noch ganz frisch, als sich der Barrikadenkampf in Europa zur vorherrschende Form des Widerstands etabliert hatte. Bereits während des Pariser Juni-Aufstands 1848 wurde dieser Kampf mit militärischem Sachverstand organisiert und die Arbeiter_innenviertel von Paris wurden in taktisch durchdachte Festungen umgebaut. Sie hielten vier Tage lang gegen die militärische Übermacht der Regierungstruppen stand, unterlagen dann aber dem anhaltenden Beschuss mit Kanonenkugeln, Granaten und Brandraketen. Der Barrikadenkampf blieb auch nach den Erfahrungen von 1848 die naheliegendste Kampfform, so auch in der Pariser Kommune 1871. Die Aufständischen griffen bei den Kämpfen sowohl auf frühere Erfahrungen zurück, als auch auf die unmittelbare Anwendbarkeit dieser Taktik

Kenntnis des Schlachtfelds

Die Kommunard_innen der Pariser Kommune wählten ein Kampffeld, in dem sie im Vorteil waren. In den Arbeiter_innenvierteln besaßen sie moralische Stärke, waren umgeben von Gleichgesinnten, die sich gegenseitig unterstützten und bestärkten. Ihre genaue Kenntnis ihres Territoriums – Hinterhöfe, Durchgänge, Nebenstrassen – stellte einen entscheidenden taktischen Vorteil dar. Die Barrikaden boten auch unerfahrenen Kämpfer_innen die Möglichkeit zur Teilnahme an den Kämpfen an der Front und hatten so eine organisierende Funktion. Barrikaden waren der Bezugspunkt, an dem sich die Kämpfer_innen sammelten und von dem aus koordiniert wurde. Eine zentrale Taktik war es, Barrikaden am Ende von Strassen zu errichten, um den Feind aus den umliegenden Häusern heraus ins Kreuzfeuer zu nehmen, bevor sie die Barrikade selbst erreichten.

Die Barrikaden der Kommune, teils ausgeklügelte Befestigungsanlagen, wurden mit breiter Beteiligung der Bevölkerung errichtet. Schwieriger gestaltete sich dies in den langen, geraden Boulevards und Avenues – kein Zufall, denn sie waren Ergebnis einer stadtplanerischen Lehre der Herrschenden aus den Erfahrungen von 1848. Unter Napoleon III. wurden zahllose kleine Gassen in knapp zwanzig Jahren beseitigt und ganze Stadtviertel umgebaut. Strassenkämpfe wurden so erschwert und der Einsatz schwerer Geschütze innerhalb der Stadt wurde möglich.

Ende der Barrikade?

Friedrich Engels, der sich intensiv mit Militärwesen beschäftigte und selbst an Aufständen und Gefechten 1849 beteiligt war, hielt den klassischen Barrikadenkampf nach den Ereignissen von 1848 nicht mehr für das entscheidende Mittel in Klassenkämpfen. Die Durchschlagskraft regulärer Truppen, das Zerstörungspotenzial ihrer Waffen und die mangelnde Flexibilität der Barrikadenkämpfe sprachen aus seiner Sicht dagegen. Rückblickend schrieb er: «Selbst in der klassischen Zeit der Barrikadenkämpfe wirkte also die Barrikade mehr moralisch als materiell. Sie war ein Mittel, die Festigkeit des Militärs zu erschüttern. Hielt sie vor, bis dies gelang, so war der Sieg erreicht; wo nicht, war man geschlagen.»



Demonstrant_innen verbarrikadierten im Juni 2025 die Strassen im Rahmen der Proteste gegen die rassistische Migrationspolitik von Trump mit verschiedenen Gegenständen.

Die Zukunft revolutionärer Kämpfe sah Engels in der Professionalisierung der Kämpfenden, in besserer Ausrüstung und taktischer Überlegenheit gegenüber den Methoden der Herrschenden. Diese Einschätzung bestätigte sich in den grossen sozialistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts: In den militärischen Abläufen der Oktoberrevolution spielte der Barrikadenkampf keine relevante Rolle mehr. In der chinesischen und später der kubanischen Revolution verlor die Barrikade weiter an Bedeutung. Das militärische Konzept setzte dort auf mobile Landguerillas als professionell ausgebildete Kerne einer revolutionären Armee, die viel Zeit zur Entwicklung hatte.

Der Barrikadenbau wurde jedoch im Oktober 1923 von der Aufstandsleitung in Barmbek, einem Quartier in Hamburg, zusammen mit der Quartierbevölkerung weiterentwickelt. Die Revolutionärin und Schriftstellerin Larissa Reissner beschrieb die Situation so: «Jetzt ist es eine leichte, aus Bäumen, Steinen, umgestürzten Wagen gebildete Wand, die einen tiefen Graben vor den Panzerautos, vor diesen gefährlichsten Feinden des Aufstandes schützt. [...] Sie lenkt die Aufmerksamkeit des Gegners auf sich, dient ihm als einzige sichtbare Zielscheibe. Die Barrikade empfängt mit ihrer leeren Brust das ganze wilde Feuer, das die Truppen gegen den unsichtbaren Gegner abgeben. [...] Ihre neue Barrikade [...] ist die Arbeiterstadt in ihrer Gesamtheit, mit all ihren Kellern, Böden und Wohnungen.»

Vollständig ausgedient hat der Barrikadenkampf als revolutionäre Methode auch in der heutigen Zeit nicht. Als der türkische Präsident Erdogan 2015 einseitig den Friedensprozess mit der PKK für beendet erklärte, riefen zahlreiche kurdische Städte die Selbstverwaltung aus. In Stadtteilen, die Hochburgen der kurdischen Freiheitsbewegung waren, wurden spontan Barrikaden errichtet und Gräben ausgehoben, um die Polizei am Eindringen in die nun selbstverwalteten Viertel zu hindern. Die bewaffneten Verteidiger_innen, meist Mitglieder der Jugendorganisation YDG-H, waren militärisch kaum ausgebildet, wurden jedoch von der Bevölkerung der zumeist sehr ar-

men Stadtteile unterstützt. Als der türkische Staat am 2. Dezember 2015 begann, die befreiten Viertel mit Scharfschützen, Artillerie, Panzern und Bomben anzugreifen, standen die Chancen für die Verteidigung schlecht. Umso erstaunlicher ist es, dass die Kämpfer_innen ihre Stellungen über Wochen und Monate halten konnten.

Die besondere Effektivität, die der Barrikaden- und Strassenkampf 2015/16 in den nordkurdischen Städten entfaltete, beruhte auf der hohen revolutionären Moral der Kämpfer_innen, ihrer detaillierten Kenntnis des Territoriums und der aktiven Beteiligung der Bevölkerung.¹

Von der Barrikade zur Gegenmacht

Der Blick auf die Geschichte verschiedener Klassenkämpfe lehrt uns, dass die Strasse mehr ist als ein Verkehrsweg. Die Strasse ist gesellschaftlich produzierter öffentlicher Raum, in dem revolutionäre Gegenmacht in verschiedensten Formen fassbar werden kann. In ihr liegt aber ein widersprüchliches Verhältnis, denn das Kapital beherrscht den öffentlichen Raum. Gleichzeitig ringen die proletarischen Klassenkämpfe um diese Macht. Das Kapital versucht den öffentlichen Raum durch Überwachung, Architektur und Aufwertung zu kontrollieren und für sich zu beanspruchen. Militär und Polizei entwerfen seit geraumer Zeit Szenarien für den «Kampf in den Städten». Was bleibt, ist nicht nur die Erkenntnis, welches Niveau der Barrikadenkampf resp. Strassenkampf – trotz seines aktuellen defensiven Charakters – unter bestimmten Bedingungen erreichen kann, sondern vor allem seine symbolische und moralische Bedeutung für die militante Verteidigung des revolutionären Prozesses. Im Strassenkampf sind Barrikaden ein sichtbarer Ausdruck der Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols, ein Zeichen dafür, dass zumindest temporär und lokal andere Regeln gelten.

Es gilt festzuhalten, dass revolutionäre Gewalt zwar reale Gegenmacht widerspiegeln kann, aber nicht mit ihr gleichzusetzen ist. Da auf der Gegenseite die bürgerliche Macht mehr ist als die Beherrschung des Gewaltmonopols, ist die Machtfrage letztlich das zentrale Terrain des revolutionären Kampfes. Ohne Macht bleiben letztlich alle emanzipatorischen Ansprüche illusorisch. Die Machtfrage darf jedoch nicht mit dem unmittelbaren Akt der Revolution, der Machtübernahme, gleichgesetzt werden, sondern sie muss sich auf dem Weg dahin Schritt für Schritt realisieren. Die Barrikaden- und Strassenkämpfe sind Beispiele konkretisierter revolutionärer Gegenmacht. Sie wirken als Bindeglied zwischen dem täglichen Handeln und der revolutionären Perspektive, zwischen der aktuellen Klassenposition und der Frage, für welche politischen Inhalte wir letztlich kämpfen. Die Machtfrage als Dreh- und Angelpunkt des revolutionären Prozesses soll unmittelbar im Zentrum der täglichen Praxis stehen. Sie sollte sich im «Tun und Denken» der Revolutionär_innen bewusst widerspiegeln, somit diese Frage nicht in eine unbestimmte Zukunft vertagt wird. Die Möglichkeit, einen konkreten Weg zur revolutionären Veränderung dieser Gesellschaft mitzugestalten, setzt die Kräfte frei, die es braucht, um Resignation, Vereinzelung, Hoffnungs- und Machtlosigkeit zu überwinden. Jede noch so kleine Initiative sollte die Zielsetzung beinhalten, aufbauendes Element im politischen Kollektiv mit gleichzeitiger Wirkung in die revolutionäre Bewegung zu sein.

¹ Dazu mehr in der Broschüre «Wenn der Kampf wieder aufgenommen wird», Perspektive Kommunismus 2021



Napoleon III. verbreiterte im Rahmen seiner Stadterneuerung von 1853 bis 1870 die Strassen von Paris, wodurch Barrikaden schwierig zu errichten waren

Territorium

Das «Territorium» stellt einen geografischen und sozialen Raum dar, in dem ein revolutionärer Prozess der Bewusstseinsbildung und Organisation Wurzeln schlagen und entwickeln kann. Einige wenige grosse (staatliche) Unternehmen, wie ein grosses Krankenhaus, können diesen Charakter des «Territorium» noch aufweisen, aber in der überwiegenden Mehrheit der Fälle wird es sich bei den Gebieten um Arbeiter_innenviertel und Wohnsiedlungen handeln. Im «Territorium» können die revolutionären Kräfte eine Massenbasis finden und sich mit ihnen im Kampf dialektisch auseinandersetzen. Das «Territorium» ist ein Raum der Gegenmacht, der nach differenzierten Interventionen verlangt: politisch, kulturell, ideologisch und organisatorisch.

Im Bild

Triumphgeheul im Winterthurer «Landbote» am Tag nach der Razzia: «In Winterthur schnappte die Falle zu» lautete die Schlagzeile nach der Polizeiaktion «Engpass» am 20. November 1984. Über 100 schwer bewaffnete Polizist_innen durchsuchten damals zehn Wohnungen in Winterthur und nahmen über dreissig junge Linke fest. 23 der Verhafteten wurden in Isolationshaft gesteckt. Auch der Winterthurer Aktivist und Künstler Aleks Weber wurde im Rahmen dieser Razzia verhaftet. Als einer der Hauptverdächtigen der sogenannten «Winterthurer Ereignisse» verbrachte er zweieinhalb Jahre in Einzel- oder Isolationshaft. Ihm wurde die Beteiligung an mehreren Brand- und Sprengstoffanschlägen in Winterthur in den frühen 80er-Jahren vorgeworfen, in einem ersten Prozess wurde er zu acht Jahren Knast verurteilt, die dann später vom Obergericht auf vier Jahre reduziert wurden.

In seiner Knastzeit malte Aleks Weber über 400 Bilder, so auch das hier abgebildete Bild «Staatsterror», das die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen im November 1984 darstellt. Ein Abzug des Bildes hängt heute im «Gasthof zum Widder» in Winterthur.



ITALIEN

Sicherheitsgesetz in Italien

Mit der Verabschiedung des Sicherheitsgesetzes hat sich die Regierung Meloni ein neues Instrument der Repression geschaffen – aber auch eine Welle des Widerstandes ausgelöst. Insgesamt 14 Delikte gelten neu als Straftat und können mit teils mehrjährigen Gefängnisstrafen geahndet werden.

(agafzh)Das neue Gesetz wurde Anfang Juni dieses Jahres vom italienischen Senat, in dem die Rechte Italiens eine Mehrheit hat, verabschiedet. Es markiert nicht nur eine neue Etappe im derzeit stattfindenden autoritären Staatsumbau der amtierenden faschistischen Regierungskoalition. Es zieht auch eine offene Frontlinie zwischen dem Staat bzw. seinen Organen der Repression und den sozialen Bewegungen auf der Strasse. Aktionen wie Blockaden, Betriebs- oder Hausbesetzungen, zentrale Instrumente der Klassen- und Bewegungskämpfe, die bisher als Ordnungswidrigkeiten galten, werden in Zukunft als Straftaten gewertet. Gleiches gilt für aktiven aber auch passiven Widerstand in Strafanstalten und Ausschaffungsknästen. Für Empörung sorgte auch, dass künftig schwangere Frauen oder Mütter von Kleinkindern inhaftiert werden können. Dies, um nur einige Beispiele zu nennen.

Kontinuität der Verschärfung

Bereits Ende 2024 formierte sich eine breite Protestbewegung. Im vergangenen Dezember nahmen sich in Rom 50000 Menschen die Strassen. Neben Gewerkschaften und studentischen Gruppen war es vor allem auch die revolutionäre Linke, welche die Dynamik prägte. Am Tag

nach der Verabschiedung des Gesetzes im Juni dieses Jahres fanden in über 20 italienischen Städten Demonstrationen und Blockadeaktionen mit teils militantem Charakter statt.

Kritisiert wird das Gesetz aber auch von reformistischer Seite. Im Parlament kam es bei der Verabschiedung zu tumultartigen Szenen. NGOs wie Amnesty International oder Human Rights Watch warnten vor Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und einem zunehmend repressiven Klima.

Bereits 2018 und 2019 führte der damalige Innenminister und heutige Verkehrs- und Industrieminister der faschistischen Lega, Matteo Salvini, zwei grosse Sicherheitsdekrete ein. Diese beinhalteten neben der Abschaffung des humanitären Schutzstatus für Migrant_innen eine massive Verschärfung der geltenden Abschieberegeln, die Kriminalisierung von «Seenotretter_innen» oder aber auch eine Strafverschärfung bei Angriffen auf Polizeibeamt_innen. Dieses sogenannte Salvini-Gesetz wurde unter der nachfolgenden Regierung teilweise entschärft.

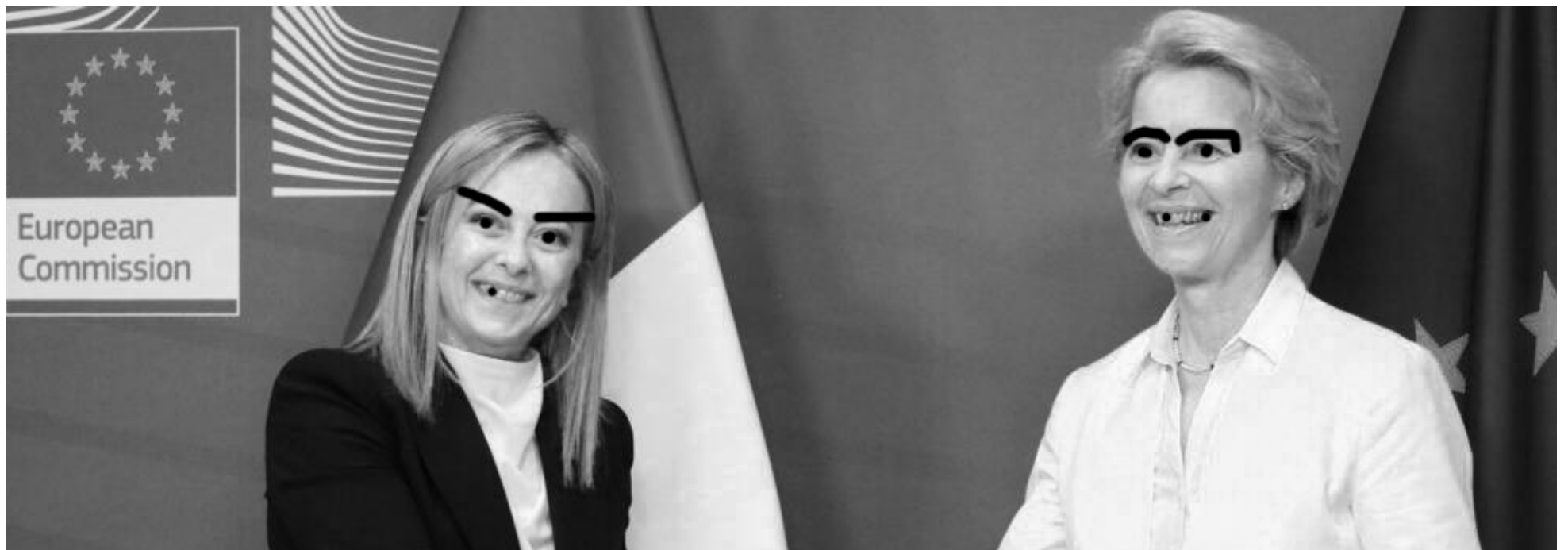
Das nun vom Senat verabschiedete Gesetz macht diese Abmilderungen wieder rückgängig und verschärft das ursprünglich erarbeitete Sicherheitsgesetz zusätzlich.

Faschisierung als Prozess

So sehr sich die aktuelle italienische Regierung immer wieder darum bemüht, sich rhetorisch vom Faschismus und dessen Erbe abzugrenzen und sich ihre Anerkennung auf europäischer Ebene auszubauen, so sehr stehen Meloni und ihre Partei, die Fratelli d'Italia, nicht nur historisch in

der Tradition der postfaschistischen MSI (Movimento Sociale Italiano). Melonis Politik muss in einem internationalen Kontext der Faschisierung verstanden werden. Einer Politik von rechtsextremen Akteur_innen, die mit zunehmendem Erfolg versuchen, durch neue Deutungsmuster eine rechte Hegemonie zu etablieren. Sei es in der Bildungspolitik, in der Umgestaltung der Medienlandschaft, in der Familienpolitik oder in ihrer Sündenbockpolitik gegen Migrant_innen. Mittels zunehmend autoritärer Tendenzen wird eine rechte Agenda durchgepeitscht. Damit stellen sich die Fragen: Wo endet bürgerliche Demokratie? Und wo beginnt der Faschismus?

Faschismus in seiner Komplexität lässt sich nicht als eine durch einen Putsch plötzlich auftauchende Diktatur verstehen. Vielmehr lässt sich Faschismus als ein Prozess begreifen. Ein Prozess von Verwurzelung und Radikalisierung in dessen Zuge sich der bürgerliche Staat immer mehr mit repressiven Elementen ausstattet und polizeiliche Gewaltbefugnisse ausgebaut werden. Dazu gehören nicht nur (para)militärische Strukturen. Schaut man zurück in die Geschichte, so erkennt man leicht, dass legale Gesetzesänderungen, schrittweise Einschränkungen erkämpfter Räume und soziale Errungenschaften oder die Umdeutung von gesellschaftlichen Konflikten, die Herstellung von ideologischer Hegemonie, genauso entscheidend waren. So ist auch das neue Sicherheitsgesetz nicht einfach ein isoliertes Ereignis. Vielmehr ist es als ein Baustein einer sich zusammenschiebenden Logik einer repressiven Staatsmacht zu verstehen.



Lächelnde Faschistin im Pelz der bürgerlichen Demokratie

PORTUGAL

Wohnungsbesetzungen in Portugal während der Nelkenrevolution



Nach Jahren des Verbots wurde der 1. Mai in Portugal wiederbelebt.

Ein Blick in die gesellschaftlichen Zustände nach der Nelkenrevolution in Portugal, wo sich das Volk massgeblich an der Vergesellschaftung des Besitzes beteiligt hat.

(agj) Am 25. April 1974 fand in Portugal die sogenannte Nelkenrevolution statt. Um das Ereignis zu verstehen, muss man auf die Jahre davor zurückblicken. Ab Anfang der 1930er Jahre bis 1974 regierte in Portugal eine faschistische Militärdiktatur, genannt «Estado Novo». Der Staat stütze sich auf die katholische Kirche, das Militär und die Wirtschaft, vor allem auch in Portugals Kolonien. Um jeden Preis hielten die Machthaber an den Kolonien fest und führten Krieg in Angola, Mosambik und Guinea-Bissau gegen die dort entstandenen bewaffneten Unabhängigkeitskämpfe.

Die Diktatur des damaligen Machthabers Salazar war geprägt von der Verfolgung politischer Gegner_innen. Dies erfolgte mittels der Geheimpolizei PIDE, deren Vorläufer die PVDE war: 1933 bis 1945 wurde eine Geheimpolizei durch die Beratung vom italienischen und deutschen Faschismus nach dem Vorbild der Gestapo gestaltet. Ihr Hauptziel war es, den kommunistischen Widerstand zu zerstören. 1945 wurde die PVDE in PIDE umbenannt. Das Ziel blieb das gleiche. Die PIDE war auch in den Kolonien aktiv und unterhielt dort Konzentrationslager. Der Unmut in der Gesellschaft über die ökonomische Lage in der faschistischen Diktatur aber auch über die Kolonialkriege und die Geheimpolizei wuchs in den Jahren vor der Nelkenrevolution an. Auch im Militär zeigte sich dieser Unmut und gipfelte in der Revolution.

Nelkenrevolution

Schon vor der Nelkenrevolution herrschte in Portugal ein vorrevolutionäres Klima. Im Untergrund haben sich die PRP-BR (Partido Revolucionário do Proletariado - Brigadas Revolucionárias, dt.: Revolutionäre Partei des Proletariats – Revolutionäre Brigaden) gegründet. Die Partei hatte eine breite gesellschaftliche Bedeutung und hatte einen bewaffneten Arm, mit dem sie mit Anschlägen das «Estado Novo» bekämpfte.

Anfang der 1970er Jahre entstand das Movimento das Forças Armadas (MFA). Es war eine Bewegung innerhalb des Militärs, die die Kolonialkriege und die Geheimpolizei PIDE ablehnte und für eine Demokratisierung einstand. Die MFA war massgeblich am Militärputsch gegen das Regime beteiligt, welcher zu einer neuen Regierung in Portugal führte. Die Führung im Putsch hatte die COPCON, der linke Flügel der MFA. Doch auch von der Bevölkerung wurde jener grösstenteils unterstützt. Es wurden verschiedene provisorische Regierungen ausgearbeitet. Sie folgten den Grundsätzen der Demokratisierung, Dekolonialisierung und Entwicklung. Die ersten freien Wahlen wurden durchgeführt und eine neue Verfassung verabschiedet. Die Kolonialkriege in Angola, Mosambik und Guinea-Bissau wurden beendet, brachliegende Güter wurden der Bevölkerung verteilt und es wurde eine Alphabetisierungskampagne durchgeführt, wobei die Kommunistische Partei Teil der Regierung war. Die PRP-BR bekämpfte auch nach der Nelkenrevolution weiterhin die revisionistischen und

reformistischen Linien innerhalb der provisorischen Regierung, leider schlussendlich ohne Erfolg. Portugal wurde nach der Revolution für viele Linke ein Bezugspunkt. Es wurde vom Sozialismus mit menschlichem Antlitz gesprochen und für jene, die Kritik an der Sowjetunion hatten, wurde es zum alternativen Bezugspunkt. Viele Linke aus ganz Europa reisten nach Portugal und wurden dort auch empfangen und «rumgeführt». Zeitzeug_innen sprechen davon, dass es das letzte Mal war, dass in West-Europa ein revolutionäres Klima geherrscht hatte.

Besetzungen von Land...

Gleich nach dem Putsch und dem Umsturz der Regierung beteiligte sich auch die breite Bevölkerung an der Umgestaltung der Gesellschaft. Aus dem Volk wurden Streiks, Besetzungen von Fabriken und Wohngebieten sowie Nachbarschaftsversammlungen organisiert. Im Militär herrschte eine linke Hegemonie, weshalb das Militär nicht gegen die Besetzungen vorging. Mehr noch, es unterstützte gar die Besetzungen, wenn die Polizei jene räumen wollte. Am 1. Mai 1974, dem ersten 1. Mai, den man offen begehen konnte, gingen 2 Millionen Menschen auf die Strasse.

Im «Estado Novo» wurde auf dem Land vor allem Kork und Eukalyptus angebaut und nicht Lebensmittel, weil ersteres profitabler war. Das Land gehörte wenigen Grossgrundbesitzenden. Die Bevölkerung auf dem Land begann nach der Revolution Ländereien für den Lebensmittelanbau zu besetzen. Die neue Regierung legalisierte Besetzungen unter bestimmten Bedingungen. Ein Teil des Landes wurde verstaatlicht und ein Teil wurde von Bäuer_innen in Kooperativen selbstverwaltet. 20% der landwirtschaftlichen Fläche wurde in Portugal enteignet. In einzelnen Regionen waren sogar 60% der landwirtschaftlichen Flächen in Hand von Kooperativen.

...und Organisation in den Städten

Vor der Nelkenrevolution war die Verdrängung aus den Innenstädten sehr stark. Das Proletariat wurde in die Vorstädte verdrängt, wo sich Slums bildeten. Die Menschen lebten in Hütten aus Wellblech und Holz, mussten aber den Eigentümer_innen des Bodens trotzdem Miete zahlen. In Porto bildeten sich weniger Slums, aber die Wohnungen wurden in immer kleineren Einheiten untervermietet. Dies hatte zur Folge, dass mehrere Familien in einer Wohnung leben mussten. Die Wohnungen waren in schlechtem Zustand und die Mieter_innen hatten keine Rechte. Der MFA war es ein Anliegen, eine Lösung für die Wohnungsfrage zu finden. Es wurde ein Mietendeckel eingeführt, welcher aber das Problem nicht löste. So begann die Praxis der Hausbesetzungen.

Mit den Hausbesetzungen wurden zugleich Nachbarschaftskomitees gegründet, welche die Probleme in den Vierteln lösen sollten. Solche Nachbarschaftskoemittees übernahmen beispielsweise in einem Viertel 400 leerstehende Häuser und sanierten jene, finanziert durch eine Sozialmiete, welche die Besetzenden leisteten. Es wurden auch politische Zentren und Kitas eröffnet. Durch die Besetzung einer Klinik konnten man gar die eigene Gesund-

heitsversorgung gewährleisten.

Die provisorische Regierung erliess Massnahmen, wie beispielsweise die Abgabe von gratis Ziegelsteinen. Die Bewohnenden der Barackensiedlungen taten sich in eigenen Komitees zusammen und wehrten sich gegen solche Massnahmen. In vorliegendem Beispiel proklamierten die Bewohnenden die doppelte Ausbeutung, da sie gemäss der Massnahme nach der Lohnarbeit in ihrer Freizeit ihre eigenen Häuser bauen sollten. Sie kritisierten auch stark die Initiativen des privaten Wohnungsbaus. Sie forderten, dass die Arbeitslosen im Baugewerbe beschäftigt werden und die Häuser mittels Lohnarbeit gebaut werden.

Die Reaktion

In dieser turbulenten Zeit der provisorischen Regierung gab es Situationen, in denen die Polizei die Eigentumsrechte der Vermieter_innen durchsetzen wollte. Die Besetzenden haben sich oft gewehrt. Dies auch mit der Unterstützung des linken Teil des Militärs, welcher sich für die Besetzenden einsetzte, ihnen das Recht zusicherte, bleiben zu können und sich wenn nötig gegen die Polizei stellte. Es gab zwar Initiativen zum Wohnungsbau, das reichte aber nicht aus. Es folgten weitere Hausbesetzungen. Die provisorische Regierung regierte darauf mit einem Gesetz, das es nicht erlaubte Häuser länger als 120 Tage leerstehen zu lassen und drohte eine Leerstandsliste zu veröffentlichen.

In grossen Streiks wurde die Entfernung der alten faschistischen Elite aus der Führung der Eliten gefordert. Einige Fabriken wurden besetzt und selbstverwaltet. Von Regierungsseite wurden viele Betriebe verstaatlicht, wobei bis zu 50% des portugiesischen Kapitals verstaatlicht wurde.

Das Ende

Der Kapitalismus hat schlussendlich die Nelkenrevolution in die Knie gezwungen. Die Besitzenden haben ihr Kapital im Ausland investiert, ausländische Investitionen im Inland kamen nicht mehr zustande und der Tourismus als wichtige Einnahmequelle kam nicht mehr zum Laufen. Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft bot finanzielle Hilfe an unter der Bedingung, dass die Kommunist_innen nicht mehr an der Regierung beteiligt werden. Weiter baute die NATO, bei welcher Portugal schon unter dem «Estado Novo» Mitglied war, ein militärisches Drohszenario (Flugzeugträger in Lissabon) auf. Die NATO interessierte sich bis zu diesem Zeitpunkt weder für die massive Verfolgung von politischen Gegner_innen noch für Kriegsverbrechen in den Kolonien. Doch die Besetzungen, Enteignungen und Selbstverwaltungen waren der NATO ein Dorn im Auge. Die Situation wurde vom internationalen Kapital sehr ernst genommen, was aufzeigt, dass in Portugal tatsächlich eine revolutionäre Situation vorlag. Hinzu kam, dass aus dem Untergrund und dem faschistischen Spanien Rechtsextreme agierten und Anschläge verübten. Der Druck wuchs von allen Seiten.

Schlussendlich ebneten Wahlen und politische Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung und dem Militär dem Kapitalismus wieder den Weg. Die MFA wurde am 25. November 1975 entwapfnet.

Situation Heute

Hausbesetzungen in den Metropolen von Portugal sind auch heute noch eine Realität. Wegen der Immobilienkrise finden viele keine Wohnungen. Dabei kommt es auch vor, dass Familien Wohnungen besetzen. Im Gegensatz zu früher ist es aber heute verboten und wird mit Geldstrafen und Gefängnis bestraft.

Die rechtsextreme Partei «Chega» gewinnt an Bedeutung und erzielt hohe Wahlsiege. Die Partei hat die Werte und Parolen aus dem «Estado Novo» wieder hervorgeholt. Viele sehnen sich nach alter Stärke zurück. Es wird ein Narrativ aufgebaut, welches besagt, dass die Nelkenrevolution die glorreiche Zeit eines humanen Kolonialismus unterbrochen habe, wodurch Portugal nicht länger auf dem globalen Parkett mitmischen konnte.

Auch wenn die Nelkenrevolution schlussendlich nicht im Sozialismus oder Kommunismus gemündet hat und der Umsturz auf halber Strecke geblieben ist, hat sie zumindest eine faschistische Diktatur beendet. Zusammen mit dem militärischen Umsturz fand eine gesellschaftliche Organisation statt. In diesem Fall mit Besetzungen, Enteignungen und Komitees. Die Spuren dieser Organisation sind in der Gesellschaft und in Mauerritzen immer noch zu finden.

FRAUENKAMPF

Über Körper und Kontrolle

In der Schweiz entzündeten sich immer wieder Debatten um das Verbot von Sexarbeit und die Einschränkung der Rechte von trans Personen. Was diese beiden Kampffelder eint – und warum es dabei um mehr geht als um Angriffe auf Minderheitenrechte.

(agfk) Zu Beginn des Sommers dominierte die intensive Auseinandersetzung mit zwei vermeintlich identitätspolitischen Themen die Schweizer Medienöffentlichkeit: Es ging um die Körper von Sexarbeitenden und die Körper von trans Kindern. In so gut wie allen bürgerlichen Medien von Mitte links bis rechts aussen überboten sich die Meinungsmacher:innen mit eifrigen Analysen und Kommentaren. Die dabei entstandenen Schlagzeilen lauteten etwa: «Prostitution gehört verboten» – «Menschen sind keine Ware» (beides Tagesanzeiger) oder «Geschlechtsumwandlung bei 51 Teenagern in Zürich – Jetzt schreitet Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli ein» (Die Weltwoche).

Der grundlegende Tenor: Die Schweiz brauche ein Sexkaufverbot (nach nordischem Modell) – und die Schweiz brauche ein Verbot von gender-affirmativen Operationen bei Minderjährigen (wie es die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli auf Bundesebene fordert, da ein kantonales Verbot nicht umsetzbar ist).

Dass die Debatten um Sexarbeit und trans Menschen so gut wie zeitgleich auftauchten und auch von denselben Akteur_innen – rechten Parteien, bürgerlichen Feministinnen, TERFs, evangelikalen oder christkatholischen Kreisen – bedient wurden (und weiterhin werden, wenn auch etwas weiter abseits der Schlagzeilen), ist dabei nur wenig überraschend. Die Rhetoriken, Allianzen und politischen Strategien, die Sexarbeit stigmatisieren, überschneiden sich oft mit jenen, die Transpersonen diskriminieren – und umgekehrt. Es geht in beiden Fällen um Kontrolle über Körper, Geschlecht und Sexualität – und beide Themen kommen immer dann von Neuem aufs politische und mediale Tapet, wenn die ökonomische Situation unsicherer wird, reaktionäre Kräfte erstarken und die wertekonservative Rechte Morgenluft schnuppert. In einer ökonomisch verunsicherten Gesellschaft fallen Themen wie diese auf fruchtbaren Boden, da sie durch die Zuwendung zu Moral und Tradition Sicherheit und Beständigkeit versprechen. Zu sagen: «Sexarbeit ist falsch» oder «Es gibt nur Mann und Frau» klingt in einer von Krieg, Klimakollaps, wachsender Ungleichheit und genereller Krise geprägten Zeit dann nicht nur wenig provokativ, sondern wohl geradezu beruhigend.

Und es sind beides Themen, über die sich neue Wähler_innengruppen erschliessen und mehr oder minder sanft an andere, wertkonservative und rechte Themen (Aufrüstung, Grenzregime, komplexe Wirtschaftsthemen, die Beschneidung weitreichender Minderheiten- und Frauenrechte) heranführen lassen. «Kinder sollte man schützen» oder «Frauen dürfen nicht gekauft werden» sind zwar simple Binsenweisheiten – aber wirken vordergründig harmlos und verschleiern, was das für die Betroffenen tatsächlich bedeutet.

Moralische Rhetorik beflügelt repressive Politik

Die Ausgangslage für Forderungen wie die oben genannten ist folgende: In der Schweiz ist Sexarbeit seit 1942 im engen juristischen Sinn legal. Doch trotz formeller Legalität ist der Status von Sexarbeitenden hierzulande oftmals prekär: Zum einen sind da die kantonalen Vorschriften, die mit Meldepflichten, Bewilligungen, Einschränkungen der Standorte etc. deutlich strenger ausfallen als bei anderen Berufsgruppen. Zum anderen ist da die gesellschaftliche Diskriminierung, das Stigma bei der Wohnungssuche, bei der Kinderbetreuung, auf dem Steueramt und im Alltag. Bisher haben sich Bundesrat und Parlament in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach gegen das sogenannte «nordische Modell» (auch schwedisches Modell) ausgesprochen, das Freier kriminalisiert und somit den Sexkauf unter Strafe stellt. Besonders während Corona sahen viele abolitionistische Gruppen ihre Chance, eine erneute Debatte über das Sexkaufverbot zu entfachen, wobei vor allem der faschistoide Narrativ der Volksgesundheit und «schmutziger» Körper bedient wurde. Der Versuch misslang. Doch abolitionistische Gruppen – darunter radikal-feministische Strömungen und religiös-konservative Organisationen – drängen weiterhin auf Verbote und scharfe Einschränkungen. Dabei finden sich erstaunliche Koalitionen: Feministinnen, die jede Form der Sexarbeit ablehnen (z. B. die Frauenzentrale Zürich), arbeiten punktuell mit christlichen Parteien (wie der EVP) und mit christlichen Organisationen (z. B. Heartwings) zusammen, um verschärfte Gesetze durchzusetzen. Die Motive unterscheiden sich – moralische Reinheit auf der einen, Schutzhretorik auf der anderen – doch das Ergebnis ist ähnlich: mehr Regulierung, mehr Polizei und mehr Stig-

ma. Das ist dahingehend befremdlich, dass somit unter dem Vorwand moralischer Argumente gerade all jene, die ohnehin mehrfach prekariert sind, mutwillig zusätzlicher Repression, staatlicher und polizeilicher Härte, ökonomischem Druck und so weiter ausgesetzt werden. Dass das «nordische Modell» in den Ländern Skandinaviens in erster Linie eine nur wenig verdeckte migrationspolitische Massnahme darstellt, wird dabei willentlich verschwiegen. Dazu vielleicht ein anderes Mal mehr.

Die rechtliche Lage von trans Menschen ist in der Schweiz noch prekärer: So können trans Personen zwar (erst) seit dem 1. Januar 2022 ihren Vornamen und den Geschlechtseintrag per Selbsterklärung beim Zivilstandsamt ändern, Stigma, Gewalt und Ausschluss dominieren für viele jedoch weiterhin den Alltag. Für medizinische Fragen – speziell bei Minderjährigen – gibt es ausserdem kein spezielles Bundesgesetz: hier gelten die medizinischen Standards und das Prinzip von Aufklärung/Einwilligung, flankiert von ethischen Leitlinien der Nationalen Ethikkommission, die eine sorgfältige, interdisziplinäre Beurteilung und Zurückhaltung bei irreversiblen Eingriffen betonen. Dies scheint vernünftig und einleuchtend zu sein, öffnet jedoch tatsächlich der Willkür Tür und Tor. Rechten und wertekonservativen Kreisen ist das nicht genug: Ricklis Vorschlag, geschlechtsangleichende Operationen bei unter 18-Jährigen in jedem Fall und vollumfänglich zu verbieten, wurde mit viel Applaus goutiert.

Körper sollen geschützt werden – um sie für das Kapital zu erhalten

Sowohl Sexarbeiter_innenfeindlichkeit als auch Transphobie, beziehungsweise der Hass gegenüber trans Menschen, bedienen sich moralisch aufgeladener Bilder: der «unsittlichen und gefährdeten Frau» sowie der «bedrohten Jugend». In beiden Kampagnen wird entsprechend mit dem «Schutz der Frauen» oder «Schutz der Kinder» argumentiert. Diese Schnittmenge ist nicht zufällig: Beide Diskurse beruhen auf der Vorstellung, dass der Staat – oder «die Gesellschaft» – definieren darf, was legitime Körper und Sexualitäten sind, welche Eingriffe, welche Sichtbarkeiten zulässig sind und welche nicht. Was etwa «Kinder sehen dürfen», wer selbst über seinen Körper bestimmen kann (auch darüber, mit diesem Geld zu verdienen oder diesen zu verändern) und wer nicht.

Die Formeln «Kinderschutz» und «Frauenschutz» sind auch deshalb so erfolgreich, weil sie konservative wie abolitionistische Kreise gleichermassen mobilisieren. Wobei hier seit jeher auch eine weitere unheilige Allianz besteht – nämlich jene zur Abtreibungsgegnerschaft und deren politischer Lobby. In allen drei Fällen geht es um Kontrolle von Körpern – jenen von Frauen und trans Personen – wobei erstere Körper sind, die nur dann dem kapitalistischen Patriarchat dienlich sein können, wenn sie gebärend, «gesund» und lediglich innerhalb der heteronor-

mativen Ehe sexuell verfügbar sind. Transkörper hingegen sollte es gemäss dieser Logik gar nicht erst geben.

Für trans Personen wie auch für Sexarbeitende bedeuten diese zunehmend populären Angriffe auf ihre Rechte und Existenz vor allem eines: weniger Schutz vor Gewalt, höhere Hürden bei der medizinischen Versorgung und ein noch tiefer verankertes Stigma. Sexarbeit verschwindet nicht, wenn sie kriminalisiert wird – sie verlagert sich in den Untergrund, die Lage der Arbeitenden wird gefährlich, sie sind noch schutzloser der Gewalt von Freiern und Zuhältern ausgesetzt und ihre Situation ist ausnutzbar. Im Hinblick auf trans Menschen verhält es sich ähnlich: Trans Kinder oder Jugendliche hören nicht auf, trans zu sein, nur weil sie ihr Geschlecht nicht medizinisch angleichen können. Stattdessen wächst der ohnehin schon grosse Leidensdruck und mit ihm auch das Risiko für selbstverletzendes Verhalten bis hin zu Suizid. In der Schweiz warnen NGOs, die tatsächlich mit Betroffenen arbeiten – etwa ProCore oder das Transgender Network – entsprechend davor, bei künftigen Reformen die Betroffenen nicht einzubeziehen. Diese NGOs fordern Entkriminalisierung, Sensibilisierung bei den Behörden sowie einen klaren Fokus auf tatsächlichen Gewaltschutz statt moralischer Ordnungspolitik.

Aus marxistischer Sicht ist die Antwort radikaler, denn in dieser Betrachtung entspringen sowohl trans- als auch sexarbeitendenfeindliche Diskurse den materiellen Bedingungen einer Klassengesellschaft, in der Körper, Arbeit und Identität durch Eigentumsverhältnisse und patriarchale Strukturen geformt werden. Konkret: Ein Verbot von Sexarbeit verschärft nicht die Ausbeutung, sondern verlagert sie in unsichere, kriminalisierte Räume, entzieht Arbeiter_innen ihre Selbstbestimmung und macht sie stärker abhängig von repressiven staatlichen Organen. Statt Verbote braucht es kollektive Organisation, Entkriminalisierung und Arbeitsrechte, um Ausbeutung und Ausgrenzung zu bekämpfen.

Gleichzeitig ist auch das Recht auf geschlechtsangleichende Operationen für trans Menschen – unabhängig von Einkommen – ein Aspekt der körperlichen Selbstbestimmung und damit Teil des Kampfes um volle Verfügung über den eigenen Körper. Unter kapitalistischen Verhältnissen wird diese medizinische Versorgung oft durch Kosten, Versicherungslogiken und normative Geschlechterordnungen beschränkt (wie es bereits heute auch ohne die angestrebten Verschärfungen der Fall ist). Eine radikale Perspektive fordert deshalb nicht nur einen Verbleib beim Status quo, sondern freien, öffentlichen Zugang zu geschlechtsangleichenden Massnahmen, getragen von einer solidarischen Gesundheitsversorgung, die nicht Profitinteressen, sondern menschlichen Bedürfnissen folgt.

Fest steht: Solange moralische Rhetorik und repressive Politik Hand in Hand gehen, werden Sexarbeitende und trans Personen – in der Schweiz wie weltweit – für Rechte kämpfen müssen, die anderen selbstverständlich erscheinen. Stellen wir uns an ihre Seite.



Ohne Klassenkampf keine queere Befreiung! Hunderte an der CSD-Demo in Winti! 23.8.2025



Die drei Präsidenten der Allianz der Sahelstaaten: Assimi Goïta aus Mali, Ibrahim Traoré aus Burkina Faso und Abdourahamane Tiani aus Niger

INTERNATIONALISMUS

Selbstbewusst und panafrikanisch

Im Sahel kam es in den letzten Jahren zu einer Putsch-Serie, die in bürgerlichen Medien ausschliesslich negativ kommentiert wird. Insbesondere seit Mali, Burkina Faso und Niger den Schritt gemacht haben, eine Allianz der Sahelstaaten (AES) zu gründen, ist ihnen die Feindschaft des imperialistischen Westens gewiss. Für uns hingegen ist das ein ausreichender Grund, genauer hinzuschauen.

(az) Die Menschen in Mali, Burkina Faso und Niger feiern ihre Präsidenten, die im Westen als anmassende, autoritäre Diktatoren portraitiert werden. Das liegt daran, dass die Offiziere Wort gehalten haben und bemüht sind, das Anliegen breiter Bevölkerungsteile umzusetzen: den Rauswurf Frankreichs. Und sie bleiben hart bei ihren Kampfansagen gegen den Imperialismus, obwohl sie sich damit direkten und gefährlichen Angriffen aussetzen. 17 Mordanschläge soll es auf Ibrahim Traoré von Burkina Faso bereits gegeben haben.

Mali, Burkina Faso und Niger sind alle fürchterlich arm und unterentwickelt, gleichzeitig verfügen sie über wertvolle Rohstoffe, eine typische Ausgangslage für afrikanische Staaten. Trotz der offensichtlichen Abhängigkeit der kapitalistischen Metropolen von den natürlichen Ressourcen Afrikas, hängen die Länder Afrikas am Tropf des IWFs und der Weltbank und nicht umgekehrt. Was Walter Rodney in seinem 1972 erschienenen Werk «Wie Europa Afrika unterentwickelte» ausführte, beschreibt dieses Verhältniss ausführlich. Die französischen Unternehmen waren an der Ausraubung der Kolonien interessiert sowie an der Ausdehnung des Absatzmarktes. Was sie hingegen nicht wollten und entsprechend aktiv verhinderten, war eine eigenständige Entwicklung, denn diese hätte zum Aufbau von Konkurrenz geführt, zu einem Machtverlust. Deshalb war Unterentwicklung das Ziel: es ist keine Vernachlässigung, kein Kollateralschaden, keine Unfähigkeit, sondern Teil dessen, was wir Imperialismus nennen.

1960, kurz vor der Unabhängigkeit der heutigen Demokratischen Republik Kongo, fragte ein belgischer Journalist Patrice Lumumba spöttisch, wie er denn eine kongolesische Regierung zu bilden gedenke, es sei ja kein einziger Akademiker im Land. Lumumba antwortete sinnig: «Wenn wir euch Kolonialherren rauswerfen, die ihr dafür gesorgt habt, dass kein einziger Akademiker im Land ist, wird es sich machen lassen.»

Es ist ein ähnliches, erstarktes Vertrauen auf die eigene Kraft, die im Sahel heute spürbar ist. Der Rauswurf Frankreichs, das muss betont werden, ist eine vielschichtige Aufgabe und noch nicht gelungen. Denn es handelt sich nicht nur darum, einen Botschafter, das Militär oder einige Berater_innen des Landes zu verweisen. Die Francafrique ist in alle Lebensbereiche verwoben. Was sich beispielsweise anhand der Währung einfach aufzeigen lässt: 14 afrikanische Länder benutzen den CFA, eine Kolonialwährung, welche 1945 ins Leben gerufen wurde. 1958 «dekolonisierte» sie den Namen, nicht aber den Inhalt. Sie blieb an den französischen Franc gebunden und ist heute über den Wert des Euros gebunden. Das ist selbstredend ein Problem, der Euro ist ja auch für viele europäische Staaten eine wirtschaftliche Herausforderung, geschweige

denn für die Staaten des Sahels. Er bietet zudem Angriffs- und Destabilisierungsfläche, die genutzt wird. Wenn sich ein Staat trotz sehr ungleicher Machtverhältnisse behaupten will, kämpft er unmittelbar an zahlreichen Fronten, offenbar auch an jener, eine neue Zentralbank ins Leben rufen zu müssen. Die Erschaffung einer neuen Währung ist alles andere als einfach, für den Moment verspricht die AES (Alliance des États du Sahel) eine gemeinsame Währung anzustreben, es bleibt aber völlig offen, wann sie dazu fähig sein wird.

Krieg führte zu Aufstand

Nicht vergessen dürfen wir, dass sich der Sahel seit der Destabilisierung Libyens 2011 im Krieg befindet und derartige Probleme neben der schwierigen, militärischen Aufgabe der Zurückschlagung von Warlords und jihadistischen Milizen bewältigen muss. Die Landnahme - an die 50% der Gebiete sind geraubt worden - führen zu inneren Vertreibungen, zu Zerstörung von landwirtschaftlicher Fläche und Hunger, selbstverständlich zu tiefen Traumata. Es war deshalb die Kriegssituation, die die Massen des Sahels endgültig gegen Frankreich aufbrachte. Nach Jahren der militärischen Interventionen und Versprechungen hatte Frankreich keine Linderung erreicht und wurde im Gegenteil immer mehr als Teil des Problems wahrgenommen.

Mali unter Assimi Goïta ging 2020 voraus, putschte die Regierung weg und versprach die französischen Truppen sowie die Uno-Truppen aus dem Land zu werfen. Als dies nicht geschah, putschte Assimi Goïta noch einmal und übernahm nun die Macht persönlich. Im September 2022 trat der Vertraute von Goïta, Abdoulaye Maïga, vor der Uno auf und klagte Frankreich an, die Terroristen zu finanzieren, um Mali zu destabilisieren. Einige Tage später putschten Ibrahim Traoré und die ihm loyalen Soldaten in Burkina Faso, zweifelsfrei inspiriert durch die Rede Maïgas, die viral gegangen war und der Welt vor Augen führte, dass eine neue Generation herangewachsen war, die lieber untergeht, als sich treten zu lassen.

In Niger putschten in der Folge 2023 Abdourahamane Tiani und seine Soldaten. Dies führte zu sofortigen internationalen Reaktionen. Unter anderem unterscheidet sich der Niger darin, dass dort die zweitgrösste US-Militärpräsenz Afrikas stationiert war. Und Niger verfügt über sehr viel Uran. Der althergebrachte Wirtschaftsverband Westafrikas ECOWAS, der genutzt wird, um imperiale Interessen durchzusetzen, drohte sofort mit militärischer Intervention und verhängte auch drastische Sanktionen. Mali, Burkina Faso und Niger gründeten in Reaktion darauf die AES und traten aus ECOWAS aus. Die AES war zunächst ein Militärbündnis, das versprach: Wer Niger angreift, greift auch Mali und Burkina Faso an. Diese Kraftprobe hat die AES fürs Erste gewonnen. Inzwischen wurde die AES politisch aufgewertet und steht für eine panafrikanische Hoffnung auf ein vereintes Afrika. Militärisch sind die Erfolge gegen die Jihadisten langsam, aber stetig, so heisst es aus Burkina Faso, 72% des Territoriums sei wieder unter Kontrolle, viele Vertriebene konnten nach Hause zurückkehren.

Vor allem junge Leute setzen auf die Offiziere, wie die Junge Welt schreibt: «Weil viele Menschen den Putsch als Resettaste sehen. Nicht gegen Demokratie, sondern gegen deren Simulation.» Tatsächlich sind Wahlen im neokolonialen Kontext die noch grösseren Farcen als hier in den Metropolen. Neokolonialismus bedeutet Marionetten-Regierungen, die gewährleisten sollen, dass das Machtverhältnis bestehen bleibt. Dafür dürfen sich einige wenige willfähige Handlanger des Imperialismus persönlich bereichern. Grundsätzlich bieten sie für die reibungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Hand, die für die Produktion moderner Technologien unabdingbar sind. Doch ist das Erhalten des Bestehenden schon lange keine zukunftsträchtige Option mehr, nicht nur im Sahel.

Anlass für Hoffnung?

Vor allem Burkina Faso unter der Führung von Hauptmann Ibrahim Traoré hat sich zu einem Kristallisationspunkt der Hoffnungen entwickelt. «Thomas Sankara 2.0» nennt ihn Inem Richardson von der All African People's Revolutionary Party. Oberflächlich betrachtet mag das zutreffen, zumindest gibt es zahlreiche Analogien. Aber Traoré lebt in einer anderen Zeit. Sankara war ein geschulter Marxist, Russland war noch die Sowjetunion und Fidel Castro kam freudig auf Besuch. Traoré verbrüdet sich hingegen mit Russland, China und dem Iran. Mächte, die er «anitiimperialistisch» nennt, weil man einen gemeinsamen Feind hat. Die Sahel-Staaten brauchen Verbündete, um eine eigenständige Infrastruktur aufzubauen und sich militärisch zu stärken. Das ist Realpolitik und wer kommt sonst in Frage? China baut gerade ein riesiges Spital, das dringend gebraucht wird, Russland schickt Militär und Waffen, die ebenfalls dringend gebraucht werden. Das Verhältnis zu diesen Mächten ist mehr auf Augenhöhe, als das Verhältnis mit Frankreich oder den USA jemals war. Das sind Fortschritte im Vergleich zum Bisherigen. Die Analyse ist dennoch falsch. Während Russland und China dringend benötigte wirtschaftliche und militärische Hilfe leisten, sind sie deshalb nicht langfristige Verbündete im antiimperialistischen Kampf, sondern Anwärter auf die Nachfolge. Auch sozial und politisch gesehen sind sie keine nachahmenswerte Vorbilder und sollten nicht verklart werden. So ist auch schwer vorstellbar, dass Sankara, der sich um die Erneuerung der Gesellschaft bemühte und patriarchale Strukturen bekämpfte, Homosexualität verboten hätte. Solches geschieht aber gerade in Burkina Faso und ist in Mali schon geschehen, offenbar, weil Homosexualität afrikanischen Werten widerspricht. Es wird sich zeigen, ob die gesellschaftlichen Kräfte, die mit dem Putsch gerufen wurden, sich gegen einen derartigen Konservatismus werden zur Wehr setzen können.

Afrika ist ein Kontinent, der hier im Westen unterschlagen wird, auch die Aufbau-Zeitung behandelt das Thema stiefmütterlich. In Afrika waren zahlreiche, umwerfende Revolutionäre am Werk und immer wieder wurde gekämpft. Die Entwicklung im Sahel ist ein weiterer Kampf. Er ist hart und der Ausgang ist alles andere als gewiss. Wir werden ihn ab jetzt solidarisch begleiten. Online wird ein Dossier zu Afrika erstellt.



BUCHTIPP

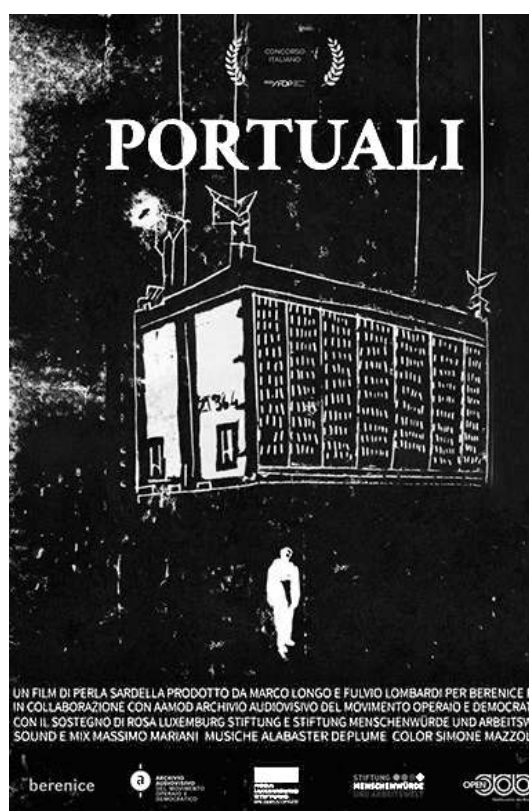
Heinz Jürgen Schneider: Rote Marine

Ein Schuss im Hamburger Linienbus, März 1931: Ernst Henning, Bürgerschaftsabgeordneter und erfahrener Genosse, sinkt tödlich getroffen zu Boden. Die SA hinterlässt Blutspuren in den Strassen, während sie versucht, in den roten Hafenvierteln Fuss zu fassen. Mitten in diesem brodelnden Klima bewegt sich Hans Bredel alias «Claus», Leiter des geheimen KPD-Apparats. Was er mit seinen Genoss_innen plant, ist riskant und voller Improvisation – solidarische Quartiere finden, Hinterzimmer sichern, Treffpunkte tarnen. Ein Leben zwischen Gefahr und Hoffnung.

An seiner Seite stehen unbeirrbar Figuren: Jonny Wanger von der «Roten Marine», Seeleute mit rauem Humor und eiserner Disziplin; die junge Annemarie «Sophie» Kröger, die trotz familiärer Konflikte als Kurierin den Sprung ins Untergrundleben wagt; und Alma Kalender, Kunststudentin, Jüdin und mutige Spionin. Sie wird ausgerechnet bei einem geheimen Auftritt Hitlers im Hotel Atlantic eingesetzt.

Doch so packend die Aktionen sind, Schneider zeigt auch die andere Seite: die lähmende Spaltung der Arbeiter_innenbewegung. Während die Nazis gestützt durch die Bourgeoisie marschieren, verlieren Sozialdemokratie und KPD sich in Misstrauen und Theorien. Der Roman macht dieses Dilemma spürbar, ohne den Rhythmus zu brechen. Die nähernde Tragik in seiner Dimension kann keine der Hauptfiguren ahnen, wird aber trotzdem lesend mitgedacht. Wichtig dabei, dass die bis heute immer noch meist im Psychologischen angesiedelte Frage, wie es so weit kommen konnte, dass die Mörder an die Schalthebel gelangen, beantwortet wird – wozu dann auch die Zweifel und Probleme im antifaschistischen Lager gehören.

«Rote Marine» ist kein blosser Geschichtsroman, sondern eine literarische Zeitmaschine. Mit akribischer Recherche und grosser Erzählfkraft beschwört Schneider das Hamburg jener Jahre herauf: Hafenluft, Kneipenrauch, trockene Sprüche – eine Atmosphäre, die packender kaum sein könnte. Zugleich wird deutlich: Der Faschismus ist eine weitere Herrschaftsvariante des Kapitalismus.



FILMTIPP

Portuali

Die CALP (Colletive Autonomo Lavoratori Portuali) stellen eine Besonderheit dar: Nur wenige schaffen es so gut wie sie Arbeitskampf, proletarischen Internationalismus und politischen Streik gegen die Kriege der imperialistischen Staaten zu verknüpfen. Die Regisseurin Perla Sardella hat zwischen 2019 und 2023 diese Kämpfe des Kollektivs filmisch festgehalten. Durch ihre ruhige präzise Kameraführung tauchen wir in den Alltag der Hafenarbeiter ein. Von Arbeitskämpfen in der Logistikbranche zum Gedenken von verstorbenen Genoss_innen bis zur Zusammenarbeit mit der politischen Linken der Stadt, beobachten wir ihre breit abgestützte politische Arbeit im Hafen von Genua. Was den Film besonders macht ist Perlas sensible Art die Menschen in und um das Kollektiv zu zeigen. Etwa wird auf berührende Weise auf den älteren Genossen Bruno Rossi und dessen politische Geschichte im Hafen eingegangen. Der Dokumentarfilm verzichtet gänzlich auf Interviews oder erklärende Kommentare. Die Aufnahmen sprechen für sich. Das verleiht dem Film eine enorme Authentizität.

Dennoch wünschen wir uns als politisiertes Publikum an manchen Stellen eine tiefere politische Auseinandersetzung. Der Inhalt des Filmes ist in sich politisch, wird aber eher beobachtend und scheinbar «neutral» gezeigt. So fehlt es an einer Positionierung oder einem neuen Beitrag zu geführten Debatten, z.B. zu politischen Streiks, zum revolutionären antimilitaristischen Kampf oder der Rolle der Arbeitskämpfe in der Logistikbranche. Doch um diese Kritik zu relativieren: zu einem politischen Film gehört nicht nur der Inhalt, der Film selbst, sondern auch seine Form, das Zeigen des Filmes. Der Film wird vor allem in besetzen und linken Orten gezeigt. Weil es dem Filmteam nicht darum geht, möglichst viel Profit zu generieren, sondern ihn zugänglich zu machen. Zu den Screenings gehören auch die nachfolgenden Diskussionen. So wird der Film gleich kontextualisiert und die politische Auseinandersetzung, die im Film etwas fehlt, entsteht mit dem Publikum, in den Räumen, wo er gezeigt wird. Das kollektive Filmeschauen und die dazugehörige Vermittlung des Inhalts danach, ist in seiner Form hoch politisch.

Seit diesem Jahr ist der Dokumentarfilm in italienischen Kinos und besetzten Häusern zu sehen. Neugierige können sich auf eine baldige Premiere in Zürich freuen.



BUCHTIPP

Die Frauen von MAMAK Widerstand im türkischen Militärgefängnis

Im Zuge des dritten faschistischen Militärputsches der türkischen Geschichte am 12. September 1980 übernahm eine Junta aus dem Generalstab als Nationaler Sicherheitsrat die Macht. Unmittelbar danach setzte eine Verhaftungswelle ein, Militärgerichte verurteilten politische Gegner_innen zu Haftstrafen und Todesurteilen. Eines der bekanntesten Folterzentren war das Militärgefängnis Mamak.

«Die Frauen von Mamak» versammelt die kollektiven Erinnerungen von 50 revolutionären Frauen, die Gefangenschaft und Folter überlebt haben. Sie beschreiben ihre Politisierung, die sozialen Kämpfe der 1970er Jahre, ihre kritische Auseinandersetzung in einer von Männern dominierten Gesellschaft, die Haft und was ihnen das Weiterleben ermöglicht hat. In der Türkei wurden viele Frauen wegen des Vorwurfs der Bildung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung angeklagt. Andere Vorwürfe waren Angriff auf den Staat und seine verfassungsmässige Ordnung, also Umsturzversuch. 40 Jahre nach ihrer Haftzeit sammeln sie ihre Geschichten, jede von ihnen mit ihren eigenen Worten, von ihrem politischen Kampf, den grausamen Haftbedingungen und ihrer unermüdlichen Solidarität untereinander, die ihre stärkste Waffe gegen die alltägliche Folter war und sich in unablässiger, gemeinschaftlicher Rebellion ausdrückte. Eine Geschichte die besonders berührt, ist jene vom Baby, das im Knast geboren wurde, und heute eine Kämpferin ist.

«Die Überschneidung unserer Lebenswege in Mamak schuf ein starkes Band zwischen uns, das uns nicht nur ermöglichte über die Erlebnisse von damals, sondern auch über die Nachwirkungen dieser Zeit zu sprechen. Wir hatten erlebt, dass Kritik an Rechtsbrüchen nicht nur untersagt, sondern selbst zur «terroristischen Tat» erklärt wurde. Dieses Kapitel der Geschichte bleibt eine klaffende Wunde. Denn in jener Zeit wurde eine Politik normalisiert, die sich bis heute auf unser und das Leben der jüngeren Generation auswirkt.»

Eine Chronologie der Ereignisse von Mai 1980 bis zur Schliessung der Frauenabteilung von Mamak 1988 macht es möglich, die Berichte der einzelnen Frauen im grösseren politischen und sozialen Zusammenhang zu sehen. Ein eindrucksvolles Buch, welches zeigt, dass unter widerwärtigsten Bedingungen das politische Bewusstsein, Organisation und die Kraft der Solidarität ein starkes Band sein kann, welches auch die Brutalität des Gefängnissystems nicht brechen kann.

SPORT

Massensport statt Kampfrekord

Mit dem Aufkommen des Kapitalismus wurde auch der Sport nach und nach kodifiziert. Waren anfänglich Regeln nicht vereinheitlicht und von Verbänden vorgegeben, sondern wurden von den Teilnehmenden vor den Spielen festgelegt, so krallte sich die Elite auch nach und nach diesen Aspekt der Gesellschaft. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurde Sport zunehmend national und international geregelt. Der Schweizerische Fussballverband wurde 1895 gegründet, derjenige in Grossbritannien bereits 1863, worauf viele Sportarten mit der Verbandsgründung nachzogen. Als Konsequenz entstand der moderne Sport, so wie wir ihn heute kennen.

Werk- und Arbeitersport

(agafzh) Der mit der Erstarkung des Kapitalismus einhergehenden, immer weiter voranschreitenden Entfremdung von der Arbeit wird seitens der Arbeitgeber unter anderem mit Werksportvereinen entgegengewirkt. Diese sollen einerseits die körperliche und geistige Belastung ausgleichen, um die Arbeiter_innen in den Fabriken leistungsfähig zu halten, andererseits stellen die von den Arbeitgebern geleiteten Vereine ein direktes Gegengewicht zu der Arbeiter_innensportbewegung dar.

Diese entstand im deutschsprachigen Raum im letzten Viertel des 19. Jahrhundert. Einer der ersten Arbeitersportverbände entstand 1874 in der Schweiz aus dem Zusammenschluss verschiedener Turnvereine. Nach dem Landesstreik 1918 verschärfte sich die Abgrenzung zum bürgerlichen Sport zunehmend, dass 1922 der Schweizerische Arbeiter-Turn- und -Sportverband (SATUS) gegründet wurde. Anfänglich noch vom Bund subventioniert wurden dem SATUS diese schliesslich abgesprochen aufgrund der immer lauter werdenden Kritik an den bürgerlichen Sportvereinen, insbesondere deren Nähe zur Armee und paramilitärischen Organisationen. Zu den stärksten Akteuren des bürgerlichen Sports gehörten der Eidgenössische Turnverein (ETV) und der Schweizer Alpenclub (SAC). Die Arbeitgeber- und bürgerlichen Vereine waren stark, da sie über die nötigen finanziellen Mittel verfügten, um sich am Leben zu halten: Infrastruktur, Trainer_innen, das Reisen an Auswärtsspiele – all das kostet Geld, das Arbeiter_innensportvereine nicht oder nur begrenzt haben.

Trotzdem hatte auch die Arbeiter_innensportbewegung ihre Blütezeit. 1922 verzeichnete die Bewegung in Deutschland insgesamt 1'199'027 Mitglieder die sich unter anderem im Arbeiter-Turn- und -Sportbund, dem Arbeiter-Radfahrerbund «Solidarität», dem Arbeiterathletenbund und im Touristenverein «Die Naturfreunde» organisierten. In der Schweiz waren es 1930 25'122 Mitglieder. Die Bewegungen waren auch international miteinander vernetzt und trugen Spiele aus. Die Arbeiterolympiade, organisiert von der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationalen (SASI), fand in der Zwischenkriegszeit insgesamt dreimal statt. Die vierte Austragung 1943 musste aufgrund des Krieges abgesagt werden.

An den Arbeiterolympiaden nahmen auch Frauen teil, die in den 20er Jahren aktive Mitglieder in den Vereinen waren. Der Frauenanteil bei SATUS war zwar nie viel höher als ein Fünftel, was im Gegensatz zu den bürgerlichen Vereinen aber ein hoher Anteil war. Trotz der Bemühungen um Gleichberechtigung spiegelten sich gesellschaftliche Vorstellungen der 20er Jahre wider, wonach aus medizinischer Sicht der weibliche Körper nicht für Leistungssport geeignet ist oder gewisse Sportarten, wie Leichtathletik, gemäss den Funktionären des Internationalen Olympischen Komitees zu männlich seien. An der Arbeiterolympiade 1925 brachen die Frauen den Weltrekord im Sprint über 4×100m, auch wenn dies nie offiziell anerkannt wurde. Drei Jahre später wurden dann auch an den Olympischen Spielen Frauen in der Leichtathletik zugelassen.

Sport und Perspektiven heute

Freizeitsport ist mittlerweile eng an die Fitness- und Gesundheitsindustrie gebunden und gibt vor, was wir konsumieren, wie wir auszusehen haben oder was wir leisten müssen, um von Wert zu sein. Generell scheint Sport heutzutage eher Sache der Einzelnen zu sein, geprägt von Individualismus, dem Geist der Leistungsgesellschaft und der Selbstoptimierung, mehrheitlich abgekoppelt von Politik und revolutionärer Praxis.

Doch was unterscheidet Arbeiter_innen- von modernem Sport? Wie sieht proletarischer Sport aus und welche Perspektiven eröffnen sich daraus?

In der Arbeiter-Turn- und Sportzeitung von 1928 steht folgendes:

«Nicht Sport des Sportes willen, nicht Sport als individueller Konkurrenzkampf mit Ruhm und Preis für den Rekordmenschen, nicht Sport zum Gaudium und Nervenkitzel eines sensationslüsternen Publikums und am allerwenigsten Sport als Geschäft will und darf der Arbeitersport sein. Nein! Der Sport, der aus den Niederungen der kapitalistischen Klassengesellschaft zu den lichten Höhen der freien Menschheit drängenden Arbeiterschaft ist seelische und körperliche Schulung und Vorbereitung der Menschen, die die neue Gesellschaft zu bilden und ihre Kultur mit gesundem Geist und starken Schultern zu tragen haben.»

Kritik an kapitalistischem und leistungsorientiertem Sport also, die sich auch im Motto der Arbeitersportbewegung widerspiegelt: Massensport statt Kampfrekord. Gegenentwürfe zu bürgerlichem Sport und Sportveranstaltungen heutzutage finden sich eher punktuell in Form von Alternativen Ligen, Bezugsgruppen welche zusammen trainieren und Fundraisern. Wobei bei letzterem die sportliche Komponente ein Mittel zum Zweck darstellt und hier das vorhin zitierte «Gaudium des Publikums» bezweckt. Gross angelegte Gegenentwürfe im Kapitalis-

mus gestalten sich schwierig, doch gibt es auch hier Perspektiven. Zum Beispiel durch Kultivierung und Förderung von Sport als Spiel und Gemeinschaftsbildung und nicht zu individuellen Leistungszwecken, sei dies in unabhängigen Gruppen und Orten oder als kleinere Gruppen innerhalb kommerzieller Vereine. Ausserdem fortlaufende Selbstkritik daran, wie und warum wir Sport treiben, konsumieren und darüber sprechen. Wie reproduzieren wir kapitalistische Vorstellungen von Sport wie die Leistungserwartung an Individuen und wie können wir einen revolutionären Blick auf Sport entwickeln? Sport sollte mit dem Blick auf die Klassenfrage analysiert werden:

Athlet_innen verdienen erst ab einem bestimmten Niveau genug, um sich damit den Lebensunterhalt zu verdienen. Um dies zu erreichen braucht es oft Zeit für Training und nicht zuletzt die finanziellen Mittel, sich Vereinsmitgliedschaften, Trainer_innen, Ausrüstung und dergleichen zu leisten. Die Voraussetzungen des Proletariats sind auch hier gegenüber jenen der Bürgerlichen schlechter. Das Klassenargument greift auch bei Sport als Unterhaltung: Nicht alle können sich Eintrittskarten oder Streamingabos leisten, ohne anderswo Abstriche machen zu müssen. Nichtsdestotrotz gibt es immer wieder Beispiele, wie die grossen Bühnen der Sportindustrie zum Sichtbarmachen unserer Kämpfe genutzt werden können.

Eines der berühmtesten Beispiele ist wohl die Siegerehrung bei den Olympischen Spielen 1968, als die beiden Sprinter John Carlos und Tommie Smith die Faust zum Black Power Gruss erhoben um auf Rassismus und Segregation, die auch im Sport alltäglich waren, aufmerksam zu machen. Es waren auch die ersten Olympischen Spielen, die im Fernsehen übertragen wurden und somit war die Reichweite enorm. Ebenfalls Ende der 60er Jahre wurden Sportevents vermehrt Ziele von Protestaktionen der Anti-Apartheid-Bewegung. Als aktuelle Beispiele seien hier die «Show 'Israel' the red card»-Kampagne der Green Brigade (Ultras des Celtic F.C.) erwähnt und das Schweizer U23 Degenfechtteam, dass sich während der Siegerehrung im April 2025 nicht in Richtung der israelischen Flagge drehte, als die Hymne gespielt wurde. Auch wenn das Team schlussendlich einen politischen Hintergrund dementierte und sich in den sozialen Medien entschuldigte, zeigt sich die Reichweite, die Gesten auf der Bühne des modernen Sports erreichen.

Veranstaltungen zum Thema Sport gibt es auch an den Roten Kulturtagen, die vom 30.10 bis zum 9.11 stattfinden.



IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafzh), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Arbeitsgruppe Frauenkampf (agfk), Frauenkampfkollektiv (fkk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org
Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel/Paramoia City Buch & wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.